Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Haben & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.60. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ¾10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 238. | Dresden, Freitag den 12. Oktober 1917. | 28. Jahrg.

Rücktritt des Staatssekretärs v. Capelle?

Michaelis, der Unglücksmann

Immer mehr stellt sich heraus, welch geradezu unheimliches Unheil die Herren Michaelis und Capelle mit ihren unglückseligen Enthüllungen angerichtet haben. In der ausländischen Presse werden sie mit lautem Jubel begrüßt. Die dortige kriegshetzerische Presse erklärt natürlich die von Michaelis und Capelle gemachten Andeutungen als einen Beweis dafür, daß es bei unserer Marine drunter und drüber geht und benützt die wohlfeile Gelegenheit, um ihren Lesern weis zu machen, daß alle deutschen Friedensbemühungen nur daher kommen, daß Deutschland vor dem Zusammenbruch steht. Wie oft ist in die Welt hinausposaunt worden, daß das „Friedensgerede" den Krieg verlängere. Aber aller Schaden, den etwa die falsche Darstellung der Gründe unseres Friedensstrebens im Ausland angerichtet haben könnte, kann nur bedeutungslos sein gegenüber den Nachteilen, die der täppische Streich der Michaelis und Capelle zur Folge haben muß. Es ist gar nicht abzusehen, wie sehr durch das törichte Vorgehen der Herren der Erfolg all unserer Friedensbemühungen beeinträchtigt wird. Es scheint jetzt beinahe so, als ob Capelle als Sündenbock in die Wüste geschickt werden soll. Die Berliner Volkszeitung weiß zu berichten,

„daß Herr v. Capelle bei seinen Beschuldigungen gegen die drei Genossen von der U. S. **weit über das hinausgegangen sei, was mit dem Kanzler verabredet worden war.** Der Kanzler solle erwägen, ob man diesen Sachverhalt nicht in irgendeiner Erklärung bekanntgeben könne. Wenn dem so ist, würden wir allerdings eine klare und offene Darlegung für zweckmäßig halten. Das um so mehr, als jetzt bekannt wird, daß die Reichsleitung gleich nach den Aburteilungen in der Marine **ein enges Gremium von Abgeordneten mit dem Reichsanwalt zusammengebracht** hat, wobei erörtert wurde, ob der aktenmäßige Tatbestand eine Handhabe biete, gegen die drei Abgeordneten der Unabhängigen Sozialdemokraten Haase, Dittmann und Geyhert vorzugehen. Damals ist man zu der Ansicht gekommen, daß ein strafbarer Zusammenhang zwischen den Einzelfällen von Meuterei und der Agitation der drei unabhängigen sozialdemokratischen Abgeordneten **nicht nachweisbar sei.** Bei dieser Sachlage wird der Vorstoß des Staatssekretärs v. Capelle noch unverständlicher, und es ist klar, daß seine Stellung unhaltbar ist, wenn er wirklich entgegen der Verabredung mit dem Reichskanzler weiter gegangen ist, als vereinbart war."

Und die Vossische Zeitung will wissen,

daß Admiral v. Capelle die **Konsequenzen aus diesem Widerspruch** seiner Darlegungen zur Auffassung des Reichskanzlers ziehen wird.

Es kann natürlich davon keine Rede sein, daß sich Herr Michaelis dadurch entlastet, daß die Hauptschuld auf Herrn v. Capelle geschoben wird. Sind die Dinge so, wie es die Berliner Volkszeitung darstellt, so wird die Sache ja noch toller. Es ergäbe sich daraus nur, daß der Vorstoß noch blödsinniger war, als er gewesen ist, und wenn Michaelis ein derartiges Vorgehen, über dessen Tragweite er sich klar sein mußte, unternimmt, so mußte er vorher sich mit seinem Untergebenen so genau verständigt haben, daß jeder Irrtum und jedes Mißverständnis ausgeschlossen war. Deshalb trägt in erster Reihe der Reichskanzler und nicht Herr v. Capelle für die unglückselige Geschichte die Verantwortung, und im dringenden Interesse des deutschen Volkes liegt es, daß nicht nur Herr v. Capelle, sondern vor allem der Kanzler verschwindet. Ein Mann, bei dem man immer Furcht haben muß, daß eine lebensgefährliche Ungeschicklichkeit herauskommt, wenn er den Mund auftut, ist sicher nicht geeignet, in einer Schicksalsstunde des deutschen Volkes den höchsten Posten im Reich zu bekleiden.

•

Die erschütterte Stellung des Reichskanzlers.

Die linksliberale Börsenzeitung schreibt: Die Stellung des Reichskanzlers wird im Zusammenhange mit den Dienstags-Ereignissen nicht mehr als gesichert betrachtet. Man ist, wie wir von verschiedenen Seiten hören, überzeugt, daß der Kanzler zu dem Vorstoß des Staatssekretärs des Reichsmarineamtes mitgerissen worden ist. **Es ist wohl überflüssig, zu unterstreichen, daß ein Reichskanzler, der der voreiligen Initiative seiner nachgeordneten Beamten derart unterliegt, zur Weiterführung der Reichsgeschäfte nicht mehr als geeignet angesehen wird.** Diese Ansicht gewinnt auch in denjenigen Kreisen der Mehrheitsparteien immer mehr Gestalt, die dem Lande angesichts des Ernstes der Zeit innere Konflikte gern ersparen möchten. Diese Gründe und zum Teil auch eine gewisse Abneigung, sich geschlossen hinter die Unabhängigen zu stellen, haben allein verhindert, daß nicht schon am Dienstag das Mißtrauensvotum eine Mehrheit erhielt.

Am Mittwoch abend hat der Reichskanzler den Vertrauensmann der Mehrheitsparteien, den fortschrittlichen Abgeordneten v. Payer, empfangen, der ihn über die Stimmung, wie sie in den interfraktionellen Besprechungen zum Ausdruck gekommen war, unterrichtete. In Kreisen der Mehrheitsparteien glaubt man, daß die kritische Situation am einfachsten durch ein Abschiedsgesuch des Staatssekretärs v. Capelle erleichtert werden würde.

•

Der Widerhall der Reichstagsdebatte im Ausland

Nach Depeschen des Nieuwe Rotterdamschen Courants machen die **Mitteilungen Capelles über die Meuterei in der deutschen Flotte das größte Aufsehen.** Die Londoner Abendblätter betonen, daß die Vorgänge **als Vorzeichen eine weitere Entwicklung in der gleichen Richtung erwarten lassen, sie seien sogar als Sturmzeichen** anzusehen. Gleichzeitig veröffentlicht Reuter eine Unterredung mit einem Admiral, der erklärt, daß die Meuterei **eine der erstaunlichsten Tatsachen des ganzen Krieges sei.** Wenn sie nicht amtlich im Reichstag eingestanden worden wäre, würde man ihr keinen Glauben haben beimessen können. Die Wirkung eines solchen Zugeständnisses auf die öffentliche Meinung wäre noch nicht vorauszusehen. Man dürfe jetzt in Deutschland alles erwarten. Der Vorfall werfe auf Deutschlands immer wiederholte **Friedensversuche ein bezeichnendes Licht.** Tatsächlich sei die Meuterei ein neuer Beweis für **den sinkenden Mut und die besorgniserregende Lage in Deutschland.** Die Verbündeten müßten jetzt noch mehr als früher **die feindlichen Machenschaften zur Wiederherstellung des Friedens zurückweisen.** Die Entbehrungen in Deutschland seien unerträglich, und je länger der Krieg dauert, um so härter müssen die Bedingungen sein, welche die siegreichen Verbündeten dem deutschen Handel in Zukunft auferlegen werden.

Lugano, 11. Oktober. Wie erwartet wurde, beutet die italienische **Presse die Ereignisse,** die sich in der gestrigen Reichstagssitzung abspielten, **nach jeder Hinsicht aus.** Die Ausführungen **Capelles heben die Blätter durch fetten Druck hervor.** — Der Eindruck auf die deutschfreundlichen Neutralen sei betäubend gewesen, die Anhänger der Entente frohlockten.

•

Die militärische Aufklärung.

In der gestrigen Reichstagssitzung ist der sozialdemokratische Antrag, den Aufklärungsdienst beim Heere aufzugeben, abgelehnt worden. Die Soldaten werden sich also weiterhin bieten lassen müssen, daß allerhand politische Kannegießereien über sie ergehen. Von den Regierungsstellen ist zwar versichert worden, daß bei dieser Aufklärung die Politik möglichst aus dem Spiel bleiben solle, aber es ist zugleich zugegeben worden, daß die Grenzen, deren Beachtung von der Reichs- und Heeresleitung gewünscht wird, von den zu der sogenannten Aufklärung berufenen Vorgesetzten in der Praxis vielfach nicht eingehalten worden sind, und man hat nicht versprechen können, daß das in der Zukunft nicht mehr vorkommen wird.

Es ist zwar zugesagt worden, daß bei allen Verstößen sofort eingeschritten werden soll. Aber damit ist ja nur wenig gedient, denn nur ausnahmsweise, etwa, wenn ein Soldat sich mal bei einem Abgeordneten beschwert, werden Verstöße gegen die von der Heeresleitung aufgestellten Regeln zur Kenntnis der obersten Stellen kommen. Kaum jemals wird es ein Soldat wagen, seinen Vorgesetzten Ungelegenheiten zu bereiten, indem er Beschwerde an die zuständigen militärischen Stellen einreicht, weil der Vorgesetzte bei der Aufklärungsarbeit unvorschriftsmäßig verfahren ist. Der einzelne Mann ist beim Militär seinen Vorgesetzten fast völlig wehrlos in die Hand gegeben, und niemand ist davor sicher, daß er nicht eines schönen Tages die Ungnade eines durch eine derartige Beschwerde verärgerten Vorgesetzten sehr unangenehm zu fühlen bekommt. Der Reichskanzler und der Kriegsminister haben also gar keine Möglichkeit, zu überwachen, ob ihre schönen Versprechungen auch nur einigermaßen gehalten werden.

Dazu kommt, daß tatsächlich den Leuten, die nach den vom Reichskanzler und Kriegsminister aufgestellten Grundsätzen handeln sollen, eine für sie kaum erfüllbare Aufgabe übertragen wird. Die Dinge, die bei der Aufklärung behandelt werden sollen, hängen so eng mit politischen Problemen zusammen, daß allenfalls ein geschulter Politiker von großem Takt darüber reden könnte, ohne dabei mit den politischen Anschauungen der einen oder anderen Partei in Konflikt zu geraten. Sicher kann das nicht der Durchschnittsoffizier, der in der Praxis die Aufklärung recht und schlecht zu erledigen haben wird, in sehr vielen Fällen wohl ein Mann, der bis dahin seine politischen Kenntnisse aus irgendeinem Generalanzeiger bezog und der manchen von den Leuten, die er aufklären soll, an politischen Kenntnissen und politischer Einsicht nicht das Wasser reichen kann.

So sind wir überzeugt, daß in den meisten Fällen die Entstehungsursache des Krieges einfach so dargestellt wird, daß Deutschland von seinen auf seine wirtschaftliche Blüte neidischen Gegnern überfallen worden ist. Ein Standpunkt, der zwar den Vorzug der verblüffenden Einfachheit hat, zu dem aber auch derjenige manches sagen kann, der zugibt, daß der deutsche Kaiser und der deutsche Reichskanzler sich in den letzten Tagen vor Kriegsausbruch die allergrößte Mühe gegeben haben, den Krieg zu verhindern, und daß sie ihr Ziel vielleicht auch erreicht hätten, wenn nicht die Herren Suchomlinow und Konsorten die Mobilisierung der russischen Armee durchgesetzt hätten. Ausgeschlossen ist es z. B., daß bei dieser Aufklärung mit erwähnt wird, welche verhängnisvolle Rolle die Hetzereien der Alldeutschen unter den Entstehungsursachen des Krieges gespielt hat.

Deshalb muß diese Aufklärung in der Praxis zu einer parteiischen Agitation werden, die mit den politischen Anschauungen weiter Volkskreise im ärgsten Widerspruch steht. Das Schlimmste aber, was man einem denkenden Menschen zumuten kann, ist, daß man ihn zwingt, sich politische Anschauungen vorpredigen zu lassen, die er für völlig verkehrt hält, ohne daß er sich überhaupt nur mucksen darf. Daß man es fertig bringt, etwas derartiges den Bürgern im feldgrauen Rock zuzumuten, zeigt, daß bei uns noch gar viel von der rechtpreußischen Ueberlieferung vorhanden ist, nach der eine hochwohlweise Obrigkeit die richtige Anschauung für ihre Untertanen festzusetzen hat.

Uns wird freilich diese Aufklärerei sicherlich keinerlei Schaden tun. Soweit die Soldaten politisch indifferent sind, werden sie sich dafür, daß man sie zum einem Vortrag kommandiert, dem sie nur geringes Interesse entgegenbringen, damit abfinden, daß sie bei dem Anhören ein möglichst geringes Maß von Aufmerksamkeit aufwenden. Soweit sie aber politisch denken können, werden sie über die Versuche, ihnen zwangsweise eine bestimmte Gesinnung beizubringen, empört sein, und der Aerger über die Verletzung ihrer staatsbürgerlichen Würde, die sie sich haben beim Militär gefallen lassen müssen, wird sie in der Absicht bestärken, bei den nächsten Wahlen mit dem Stimmzettel in der Hand das übrige dazu zu tun, daß mit den bei uns noch so reichlich vorhandenen Ueberresten des altpreußischen Herrengeistes recht gründlich aufgeräumt wird, jenes Geistes, der es allen erklärt, daß man diese ganze, so zwecklose und bedenkliche militärische Aufklärungsaktion ins Werk setzen konnte.

•

Fortdauernde Kämpfe in Flandern.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 12. Oktober 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Gestern beschränkte sich die Artillerietätigkeit in Flandern auf starken Feuerkampf im Küstenabschnitt und im Houthulster Walde. Während der Nacht lag starkes Wirkungsfeuer auf dem Kampfgelände von der Lys bis zur Straße Menin—Ypern, es steigerte sich heute früh schlagartig zum Trommelfeuer.

In breiten Abschnitten haben dann neue feindliche Angriffe eingesetzt.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz:

Nordöstlich von Soissons und östlich der Maas schwoll die Kampftätigkeit der Artillerien zu großer Heftigkeit an. Bei Vauquillon stießen starke französische Erkundungstrupps vor; sie wurden abgewiesen. Oestlich von Samogneux kam es zu örtlichen Grabenkämpfen am Ostrande der Höhe 344.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nordöstlich von Riga und am Zbrucz war die Gefechtstätigkeit lebhafter als an den Vortagen. Bei Zusammenstößen von Streifabteilungen fielen zahlreiche Gefangene in unsere Hand.

Mazedonische Front.

Zu beiden von Monastir und im Cerna-Bogen bekämpften sich die beiderseitigen Batterien zeitweilig stark. Am rechten Wardar-Ufer scheiterte der Angriff einer englischen Kompanie vor den bulgarischen Linien.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Reichstagsschluß bis Dezember.

Das Gesetz über den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte wurde am Donnerstag vom Reichstage in dritter Lesung angenommen. Beide sozialdemokratischen Fraktionen stimmten dagegen; die Unabhängigen überhaupt und rundweg, die Sozialdemokratische Partei, weil die Reichsgelder an die Reedereien nicht nur als Darlehen gegeben werden, auch deshalb, weil man der allgemeinen Regelung des Kriegsschädenersatzes nicht die Entschädigung der Reeder vorausgehen lassen will.

Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wurde der Nachtragsetat bewilligt, der die Stelle des Vizekanzlers schafft und den Punkt hinter die Umordnung des Reichsamts des Innern setzt. Dr. David begründete die Ablehnung damit, daß gerade Dr. Helfferich als Vizekanzler keinerlei Bürgschaft für die Herstellung der notwendigen Einheitlichkeit in der Reichsregierung bietet. Wie notwendig sie aber ist, bewies unser Redner an dem merkwürdigen Teilungsprogramm, das Graf Hertling soeben für die elsaß-lothringische Frage aufgestellt hat. Ledebour richtete in dieser Debatte — die eigentlich keine war, da nur Gegner der Vorlage sprachen — die allerheftigsten Angriffe auf die Person des Dr. Michaelis, und Stadthagen teilte mit, daß Lutze sich im Zusammenhang mit der Marineangelegenheit verhaftet worden ist.

In der darauf fortgesetzten Verhandlung über Vereins- und Versammlungsrecht, Belagerungszustand, Zensur- und Schutzhaft sprach Dr. Müller-Meiningen mit größter Schärfe gegen die Militärdiktatur und die Begünstigung reichstagsfeindlicher und alldeutscher Zersplitterungsaktionen durch die Zensur. Dann hörte man zum erstenmal seit dem großen Krach Herrn Helfferich wieder — na ja, es war ja auch eine Jubiläumsdebatte, nämlich die 25. Zensurberatung seit Kriegsbeginn. Dittmann entrollte wieder ein düsteres Bild, dem nur die üblichen Ordnungsrufe einige Lichter aufsetzten. Der neue Regierungsmann Wallraf redete vergebens viel, um zu versagen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19171012/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Daß die Mehrheit die auf radikale Aufhebung des Belagerungszustandes gerichtete Resolution gegen die Stimmen beider sozialdemokratischen Parteien ablehnte, war zu erwarten, nicht zu erwarten dagegen war, daß daraufhin die **Unabhängigen Sozialdemokraten** auch gegen die Kommissionsresolution, die wenigstens die Beseitigung der politischen Zensur forderte, stimmen würden; indem sie dies taten, **verhalfen sie der Rechten**, die zufällig stark besetzt war, **zu einer Ablehnung dieser Resolution.** — Ein neues Blatt im Ruhmeskranz der Unabhängigen. — Nach Erledigung einiger anderer Angelegenheiten wurde der Reichstag bis zum 5. Dezember vertagt.

Das Ergebnis des französischen Sozialistenkongresses.

Die französische Presse veröffentlicht die Schlußresolution des sozialistischen Parteitages in Bordeaux im Wortlaut. Die sehr lange Entschließung stellt nach der Angabe einer Schweizer Meldung das Programm der überwiegenden Mehrheit der sozialistischen Partei dar und unterscheidet sich nur wenig von dem Programm der Minderheit. Die Resolution stellt zunächst den Verteidigungscharakter des von Frankreich geführten Krieges fest, der seine wahre Bedeutung erst seit dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg und seit dem Ausbruch der russischen Revolution erhalten habe. „Die sozialistische Partei", heißt es, „vergißt nicht, daß der Kapitalismus, die Kolonien und die imperialistische Politik die Quellen sämtlicher Friedensgefährdungen darstellen, und verlangt daher, daß der Friede auf der Grundlage der Schiedsgerichte, der Vorherrschaft des Rechts über die Gewalt und auf dem Völkerbunde aufgebaut werde, nicht auf dem Willen der Regierenden, sondern auf dem der proletarischen Massen. Dieser Friede muß nicht nur gerecht und von Dauer sein, sondern auch rasch kommen. Daher verlangt die Partei sowohl von der nationalen, wie auch von der internationalen Politik eine energische Kriegführung."

„Die französische Regierung", sagt die Resolution weiter, „habe vor allem die Pflicht, durchzusetzen, daß die übrigen Verbündeten nach dem Beispiele Frankreichs und Rußlands ihre Kriegsziele präzisierten und sich den Grundsatz der internationalen Schiedsgerichte zu eigen machten. Was die Friedensbedingungen im einzelnen anlangt, so verweist die Entschließung auch die Antwort des Parteivorstandes auf dem Fragebogen der Stockholmer holländisch-skandinavischen Abordnung. Die Parteileitung erhält den Auftrag, bei der Regierung abermals Pässe für Stockholm zu verlangen und die Verhandlungen mit den übrigen Organisationen der Entente fortzusetzen. Die Resolution wendet sich an die Unabhängigen Sozialisten und an das deutsche Volk im besonderen mit der Aufforderung, die bisherigen Machthaber in Deutschland zu stürzen, für ihre Verbrechen zu strafen und die deutsche Demokratie zu errichten. Die französische Partei verbürgt sich dafür, daß die Alliierten eine im Entstehen begriffene deutsche Demokratie nicht vernichten würden, und verweist auf die Zusagen von Wilson, Lloyd George und Ribot."

Das innerpolitische Programm der Partei umfaßt folgende Hauptpunkte: entschlossene Unterstützung der Landesverteidigung; Annahme der Kriegskredite; Unterstützung der Regierung, solange diese sich nicht des Landesverrats oder des Verrats an der Republik schuldig macht; grundsätzliche Mitarbeit in der Regierung durch den Eintritt sozialistischer Vertreter in das Ministerium unter der Kontrolle einer aktionsfähigen Kriegskommission; strenge parlamentarische Kontrolle der Armee; Ausbau der Heeresrüstung namentlich durch schwere Artillerie und Flugzeuge und Entlassung der alten Jahrgänge; Schutz der republikanischen Gewissensfreiheit in der Armee. Es folgt schließlich eine große Reihe von Forderungen, die sich auf das sozialistische Wirtschaftsprogramm und die Garantien des Arbeiterkoalitionsrechts beziehen.

Soweit die Resolution ein Kompromiß zwischen Mehrheit und Minderheit darstellt, geht das Ganze auf Kosten der Minderheit. Die elsaß-lothringische Frage ist zwar nicht hervorgehoben worden, aber der Hinweis auf die Antwort zum Stockholmer Fragebogen zeigt, daß die Mehrheit in dieser entscheidenden Frage noch immer nicht zur Besinnung gekommen ist.

•

Die Friedensaktion des Papstes.

Zürich, 12. Oktober. Aufsehen erregt ein Artikel des klerikalen Corriere della Sera vom 8. Oktober, der aus wohlinformierter Quelle zu berichten weiß, daß die Antwort der Ententestaaten auf die Note des Papstes noch weiter gehen werde, als dies in der Antwort der Zentralmächte der Fall war. Das Blatt schreibt wörtlich: Der Weltkrieg geht seinem Ende zu. Wir sehen bereits den Frieden heranbrechen.

Einstellung des russischen Privat-Eisenbahnverkehrs.

Die Nowoje Wremja meldet: Der russische Verkehrsminister erklärte, daß der gesamte private Eisenbahnverkehr Rußlands im November bis Kriegsende eingestellt werden müsse, da wegen Fehlens jeglichen Brennstoffes die Aufrechterhaltung des nichtmilitärischen Eisenbahnbetriebes ausgeschlossen sei. — General Muraschewski wurde zum Chef des Generalstabs ernannt. Der Matin meldet aus Petersburg: Das Vorparlament genehmigte die Aufnahme eines neuen Kriegskredits bei den Alliierten in Höhe von 9 Milliarden Rubel. Das ukrainische Pressebureau berichtet aus Petersburg: Auf der demokratischen Konferenz verlangten die ukrainischen Delegierten die Ausschließung der Bürgerlichen aus der Regierung und den sofortigen Beginn der Friedensverhandlungen.

Die Petersb. Telegr.-Agentur meldet: „Die Strafabteilung des Generals Korownitschenko ist in Taschkent angekommen und hat das Freiheitshaus, den Hauptsitz der Aufständischen, besetzt. Die Räume des Arbeiter- und Soldatenrates wurden durchsucht und der von diesen ernannte Gouverneur nebst den Mitgliedern des Revolutionsausschusses verhaftet. Die Ruhe ist schnell wieder hergestellt worden."

Festsetzung der Engländer im Finnischen Meerbusen.

Stockholm, 12. Oktober. Ueber die Festsetzung der Engländer am Finnischen Meerbusen meldet die Nowoje Wremja, daß die englischen Einheiten dort im letzten Kriegsjahr erheblich verstärkt wurden, und die Verteidigung der Insel Oesel und der Aalandsinseln sei unter britischen Befehl gestellt.

•

Zum neuen Ministerium.

Stockholm, 10. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die serbischen Genossen Nagiorowic und Popovic kamen heute hier an.

Im russischen Koalitionsministerium, dessen bürgerliche Mehrheit im Hinblick auf den Verlauf der demokratischen Konferenz auffällt, wird besonders Konwalow bemerkt, welcher dimissioniert hatte, weil ihm die Kabinettspolitik zu radikal war. Der Arbeitsminister Gwozdow war bisher Ministergehilfe desselben Ministeriums und ist gemäßigter Menschewik. Er ist aus der Arbeiterschaft hervorgegangen und war tätiger Gewerkschafter; auch war er Vorsitzender der Arbeitergruppe des Ausschusses in der Kriegsindustrie.

Neue U-Bootserfolge.

†Berlin, 11. Oktober. (Amtlich.) Die Tätigkeit unserer U-Boote im Atlantischen Ozean hat wiederum zur Vernichtung einer Reihe von Dampfern und Seglern mit besonders wertvollen Ladungen geführt. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der bewaffnete französische Dampfe Dinorah, mit 6750 Tonnen Kohle, der aus Geleitzug herausgeschossen wurde, ferner der französische Dampfer Italie mit Lebensmitteln und Wein nach Bordeaux sowie der französische Segler Europe mit 4500 Tonnen Weizen nach Bordeaux und die bewaffnete französische Viermastbark Persévérance mit 4000 Tonnen Salpeter nach St. Nazaire. Außerdem wurde ein englisches Bewachungsfahrzeug vernichtet.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Den Taler, die Mark, den Groschen, den Pfennig

heraus aus den Taschen!

Wie viele Schneeflocken Lawinen ergeben, wie viele kleine Ameisen die Teile zu einem großen Bau zusammenschleppen, so müssen bei der 7. Kriegsanleihe aus ungezählten kleinen Zeichnungen die Milliarden erwachsen, die das Vaterland braucht, um den Trotz der Feinde endgültig zu brechen.

Darum zeichne.

Ausland.

Die Tötung des Dragoners Moritz.

Wien, 11. Oktober. (Abgeordnetenhaus.) Vor dem Eintritt in die Tagesordnung verlas der Landesverteidigungsminister Crepp den Bericht des Militäranwalts über die in der letzten Sitzung in einer dringlichen Anfrage besprochene Tötung eines Dragoners am Wiener Ostbahnhof. Die Erhebungen ergaben, daß bereits auf dem Wege zum Bahnhof der Transportzug Disziplinlosigkeit zeigte, weshalb die Begleitoffiziere wiederholt einschreiten mußten, wobei der Oberleutnant einem Korporal, der sich weigerte, in die Einteilung zu treten, eine Ohrfeige versetzt haben soll. Die Maßregelung des Korporals wurde von den Soldaten eifrig besprochen, am lautesten von dem Dragoner Moritz, der erklärte, er ließe sich solches nicht gefallen. Bei ihm wäre ein Leutnant so klein. Moritz machte hierbei eine entsprechende Geste, die er in provozierender Weise wiederholte, als Leutnant Zertik vorüberkam. Dieser faßte Moritz vorn bei der Bluse. Moritz rief mehrmals: Lassen Sie mich los! und versetzte Zertik einen Schlag mit der geballten Hand in das Gesicht, sodaß des Leutnants Kappe herunterfiel. Darauf zog Zertik das Bajonett und stach den Dragoner in die Brust. Niemand dachte daran, daß der Stich tödlich sein konnte. Die Kameraden hielten das Umfallen des Moritz für einen Spaß. Gegen den Reserveleutnant Zertik und den Reserveoberleutnant Peckagel wurde ein gerichtliches Ermittelungsverfahren eingeleitet. Die größte Beschleunigung des Verfahrens wurde veranlaßt. Der Minister hat schließlich, die rechtzeitige Erledigung der Sache durch das zuständige Gericht abzuwarten. — Das Haus erledigte weiter Ausschußberichte und begann sodann die Verhandlung des Berichtes des Pressenausschusses betreffend die Aufhebung der politischen Zensur.

Schweden.

Ein liberales Kabinett in Schweden.

Stockholm, 11. Oktober. Der König hat mit der Kabinettsbildung den Landeshauptmann Widen, Präsident der 2. Kammer, beauftragt, der seiner politischen Anschauung nach den gemäßigten Liberalen angehört.

Großbritannien.

Aufrufung einer englischen Frauenarmee.

Die Neue Züricher Zeitung meldet aus London: Der Kriegsminister verlangt die Aufrufung einer Frauenarmee von 10 000 monatlich. Sie sollen Khakiuniformen tragen und teils im Lande, teils auswärts verwendet werden. In allen englischen Arbeitergegenden wurden Rekrutierungsbureaus eröffnet.

Die Herrenhaus-Reform.

Nachdem der Verfassungsausschuß der Zweiten Kammer unter erheblichen Schwierigkeiten Leitsätze für die Reform der Ersten Kammer zustande gebracht und dadurch ein vorläufiges Ziel erreicht hatte, um das man sich seit vielen Jahren im Landtage vergeblich bemüht hat, beschäftigte sich gestern die Zweite Kammer mit den Ausschußbeschlüssen. Sie hatten im Verfassungsausschuß nur deshalb eine Mehrheit erlangt, weil sie wesentlich weiter gingen, wie die früheren Reformversuche. Diese beschränkten sich nur auf eine Ergänzung des sächsischen Oberhauses durch Vertreter von Berufsständen. Solche werden auch in den diesmaligen Leitsätzen gefordert, gleichzeitig wurde jedoch auch die Wahl solcher Vertreter gefordert und auch eine Beschränkung der Großgrundbesitzer, wie eine völlige Ausscheidung der Domänen- und Standesherrschaftsvertreter vorgesehen. Die entscheidende Hauptsache aber bleibt die Einschränkung der Herrenhausbefugnisse. Sie wurde zuerst von sozialdemokratischer Seite gefordert, nachdem ein Antrag auf Beseitigung der Ersten Kammer keinerlei Aussicht auf Annahme hatte, und schließlich auch von nationalliberaler Seite in etwas anderer Form aufgenommen. In dieser ist sie dann gegen die konservativen Stimmen in die Leitsätze übergegangen. Die so entstandenen Leitsätze würden neben einer einschneidenden neuen Zusammensetzung des Oberhauses dessen Befugnisse so begrenzen, daß es nicht mehr in der Lage wäre, fortschrittliche Gesetzesvorlagen oder sonstige Entschließungen der Zweiten Kammer zu verhindern. Bei Meinungsverschiedenheiten, die zu keiner Uebereinstimmung führen, würde vielmehr immer die Entschließung der Zweiten Kammer als Landtagsbeschluß gelten. Außerdem soll dem Herrenhause die Entschließung über die Finanzgesetze und den Etat gänzlich entzogen werden.

Es ist ohne weiteres klar, daß diese Ausschußbeschlüsse einen wesentlichen Fortschritt darstellen; die sozialdemokratischen Vertreter hätten sich hier einer freiheitlichen Neugestaltung in den Weg gestellt, wenn sie diese Leitsätze abgelehnt und hier, auf die Forderung des Einkammersystems pochend, den Standpunkt, alles oder nichts, vertreten hätten. Dieser Erkenntnis haben sich gestern im Landtage selbst die „Unabhängigen", nicht verschließen können, die für den wichtigsten Teil der Leitsätze stimmten und bei der Abstimmung über die die neue Zusammensetzung betreffenden Abschnitte den Sitzungssaal verließen, sich also der Abstimmung enthielten. Dadurch wurde die bei diesen Abschnitten sonst gefährdete Zweidrittelmehrheit bei der Abstimmung gerettet. Eine solche ist aber erforderlich, weil es sich hier um einschneidende Verfassungsänderungen handelt.

Es ist freilich fraglich, ob die Leitsätze in dieser Form Gesetzeskraft erlangen werden; sicher ist schon jetzt, daß die Regierung sich keineswegs mit dieser Absicht trägt, gestern vielmehr erneut erklärt hat, in keinerlei Beschneidung der Herrenhausrechte willigen und auch die Aenderung in der Zusammensetzung nicht so einschneidend gestalten zu können, wie das der Verfassungsausschuß gefordert hat. Es kann auch kein Zweifel darüber bestehen, daß sich die Herren im „hohen jenseitigen Hause" mit Händen und Füßen gegen die Verkürzung ihrer Machtmittel wehren werden. Aber es ist doch zu hoffen, daß die schwere Zeit mit ihren umwälzenden Tendenzen auch in diesem Punkte mächtig für eine freiheitliche Neugestaltung und gegen die jetzigen fortschrittsfeindlichen Absichten bei der Regierung und der Pairskammer arbeitet. Doch wie dem auch werden möge, die gestrigen Beratungen im Plenum der Zweiten Kammer durften von solchen Erwägungen noch nicht bestimmt werden, diesen Verhandlungen lagen nur die freiheitlich gerichteten Leitsätze des Verfassungsausschusses vor, die als der erste Schritt zu einer Neugestaltung einzuschätzen sind und so auch bei der Abstimmung bewertet werden mußten.

Freilich bliebe die Neugestaltung in Sachsen höchst einseitig, wenn sie auf die Erste Kammer beschränkt werden sollte. Leider steht schon heute fest, daß sie sowohl hier wie bei anderen Punkten hinter den sozialdemokratischen Forderungen weit zurückbleibt. Doch sind zu einigen Fragen, wie der alljährlichen Landtagstagung, bereits wichtige Beschlüsse gefaßt, die ebenfalls einen Fortschritt verheißen, auch Verfassungsänderungen anderer Art werden gefordert. Um andere wichtige und wichtigste Forderungen, die jetzt noch nicht erwähnt werden konnten, soll und darf aber der Kampf nicht ruhen. Im Gegenteil, er wird mächtiger denn je einsetzen, wenn die Stunde gekommen ist, der Regierung zu zeigen, daß die gärende Zeit und dem Volkswillen nach innerer Neugestaltung weder die von ihr gefeierte Vaterlandspartei noch ihre fortschrittsfeindliche Bureaukratie unüberwindliche Dämme entgegensetzen kann.

Deutscher Reichstag.

(Fortsetzung aus der Beilage.)

Abg. **Heine** (Soz.): Während der Rede des Abg. Dittmann war ich versucht, fast bei jedem der dargestellten Fälle meine Empörung Ausdruck zu geben. **Auch mir sind unzählige derartige Fälle bekannt geworden** und ich zweifle nicht daran, daß auch die im wesentlichen vollkommen zutreffend dargestellt sind. Ich als Rechtsanwalt empfinde es seit Jahren widerlich, immer diese Klagen zu empfangen und weitergegeben, wo ich doch weiß, daß keinerlei Instanz da ist, die Recht gibt, daß es die reine Willkür ist, mit der man zu tun hat. Aber ich spreche zu Ihnen als Volksvertreter und nach draußen. Es hat wenig Erfolg, [illegible] gewalt gegenüber zu sprechen. Es geht so aus, als ob sie [illegible] wolle, sie kümmere sich nicht um das, was hier gesprochen wird. Man gibt immer verbindliche Erklärungen ab. Wenn man [illegible] verbindlichen Erklärungen nicht hören müßte, von denen ich sagen darf, ich glaube ihnen nicht und von denen ich doch weiß, sie haben gar keinen Erfolg. Nach der Rede des Abg. Müller-Meiningen erhielt der Abg. Gothein ein Telegramm, in Breslau sei eine Versammlung, in der er über das Thema „Machtfriede oder Verständigungsfriede" sprechen sollte, verboten worden. Sollen wir da glauben, daß die Versicherungen einer loyalen und gerechten Durchführung Erfolg haben?

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19171012/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

[…] zum Regierungstisch hin) untergeordneten Organe tanzen Ihnen ja auf der Nase herum. […] nennt man militärische Disziplin. Diese Leute glauben aber, […] werde höheren Orts doch angenehm empfunden, und […] das nicht ohne Anlaß. (Lebh. Sehr richtig! links.) Auch […] andere Fälle anführen, ich will mich aber nur auf die Presse beschränken: die Pressezensur wird von […] Jahr schlimmer, rigoroser. In Stettin hetzt die alldeutsche […] Tageszeitung in der wüstesten Weise gegen die Reichs[…]. Das hindert die Zensur nicht. Als aber der Stettiner […] schändlichen Verrat nennt der Heimkrieger […] Tagespost, der sich sicher hinter der Front fühlt, […] des Reichstags", wird nicht nur dieser Artikel ge[…], sondern die Zeitung selbst auf unbestimmte Zeit verboten, […] die Regierung, die uns hier immer versprochen wird, und das […] vor einigen Tagen abgespielt, als die Verhandlungen […] im Gange waren. Die Herren scheuen sich nicht, mit […] Trumpf zu zeigen, daß die militärischen Gewalthaber sich […] Teufel um unsere Verhandlungen kümmern. (Abg. Nebel: […] ist Tanz! — Abg. Müller-Meiningen (Vp.): Ein […]) Seit vor einigen Tagen ist den Mannschaften […] das Abonnement des Berl. Tagebl. verboten worden, […] Major beschimpfende Aeußerungen über das Blatt tat […] die Tägliche Rundschau empfahl. Wo ist da der mili[…] Oberbefehlshaber? Heute ist in Berlin überall öffentlich […] ein Hindenburgplakat mit einer angeblichen Aeuße[rung], […] Hindenburg an seinem Geburtstag getan haben soll. Die […] Hindenburg ruft auf zum Kampf gegen die Wenigen, die Schwachen, […] — das sollen nämlich wir sein, die Reichstagsmehrheit […] 19. Juli. Es rührt mich gar nicht, daß ein großer Mann […] Ton einstimmt. Wir haben unsere Pflicht zu tun, […] seine Pflicht da draußen tun. Bisher haben die alten […] gesammelt; das hat er auch getan und hat einen unvergeß[lichen] Lorbeerkranz sich damit erworben. Ich möchte dringend […], daß er nicht wie mancher General nachher durch Reden sich […] Blätter aus dem Kranze selbst herausreißt. Zu fechten ist seine […], aber nicht sich hineinzumischen in die Politik. (Sehr gut! […] den Soz.)

Das ist ein schmählicher, uns tief beschämender Zustand. Durch […] Verschleifen, Zensurstriche und Unterdrückungen will man […] erzeugen. Aber auf die Art bringt man in den Leuten […] Gesinnung hervor, noch nicht einmal Gesinnungsersatz. Sie […]

lediglich Ekel und Abscheu

[…] Am meisten bei denen, die das Vaterland am tiefsten lieben. […] wollen nicht, daß in der Welt der Eindruck erweckt wird, Deutsch[land] unterdrückt jede Stimme der Vernunft, der Religion, der Menschen[…]. Oberst Wriesberg hat Fehler des Kriegspresseamtes zugegeben, […] gesagt, es sei besser geworden. Ich glaube das nicht, denn die […] liegt im Wesen der Zensur. Deshalb bitte ich, dem […] auf völlige Aufhebung des Belagerungszustandes zuzustimmen. […] einzige Mittel ist, reinen Tisch zu machen. Lebh. Beifall links.)

Präsident Dr. Kaempf: Sie haben gesagt, der Feldmarschall Hindenburg solle sich nicht in die Politik hineinmischen und schwatzen. (Unruhe rechts.) Wir verehren Hindenburg im ganzen deutschen Volk, und auf den großen Mann das Wort „schwatzen" anzuwenden, ist eine Herabwürdigung. Ich rufe Sie dafür zur Ordnung! (Beifall rechts.) — Abg. Heine: Ich gebe zu, daß ich hätte sagen [sollen] „sprechen".

Staatssekretär Wallraf: Auch von dieser Stelle gebe ich der Überzeugung darüber Ausdruck, daß die Worte Hindenburgs stets den Weg zum Herzen und Verstand des deutschen Volkes finden. (Lebh. […]) Dem Rechtsanwalt Heine bemerke ich, daß ich alle einzelnen […] nicht vertreten kann, aber das endgültige Urteil über die Zensur […] mit solchen Fällen nicht gesprochen; dazu muß man doch auch […], was die Zensur verhindert hat. Und ist es wirklich schädlicher, […] eine harmlose wissenschaftliche Arbeit nicht in das Ausland geht […] eines Mißgriffs, als wenn wirklich schlimme Dinge durch das Versäumnis der Zensur veröffentlicht werden?

Abg. Fehrenbach (Ztr.): Auch ein Mann von so ungeheuren Verdiensten wie der Generalfeldmarschall Hindenburg müßte es sich gefallen lassen, eine Kritik des Reichstags entgegenzunehmen, wenn er dem Reichstag in einer seiner Aeußerungen eine unverdiente Kritik […]. Das ist der Reichstag seiner Ehre schuldig. (Sehr richtig!) […] bin aber nicht in der Lage, in dem von dem Abg. Heine verlesenen Satze eine notwendige Beziehung zu dem Reichstag zu erkennen. (Sehr richtig!) Die Aeußerung kann nur von übelwollenden […] zu Unrecht auf den Reichstag bezogen werden. Die kategorische Form, in der der Abg. Heine diese Beziehung behauptete, […] mich und wohl Sie alle verletzt. (Zustimmung.) Ich nehme an, daß das Wort nur zu rasch dem Gehege seiner Zähne entschlüpft […] und daß er es mit Bedauern zurücknimmt. — In der Frage der […] hat das Reichsmilitärgericht mit seinem reinen Formalismus […], das liegt vor allem an der Stellung des Kriegsministers. […] haben die kommandierenden Generäle nach dem Kriegsminister! (Sehr wahr!) Aber gerade in diesen Fällen ist der Kriegsminister [zum] Obermilitärbefehlshaber ernannt. Hier hätte er die Macht, auch den kommandierenden Generälen etwas zu diktieren und er sollte sie gebrauchen. (Sehr wahr!) — Die Torheiten auf dem Gebiete der […] sind wirklich nicht mehr zu ertragen. Wir machen uns lächerlich damit. Man schämt sich, daß so etwas in Deutschland passieren kann. (Lebh. Zustimmung.) Natürlich kann während des Krieges nicht alles gedruckt werden. Deshalb komme ich nicht dazu, für völlige Beseitigung der Zensur einzutreten, sondern kann nur hoffen, daß sie […] vernünftig ausgeübt wird.

Oberst v. Wriesberg: Der Fall mit dem Mann, der sich nachher als […] herausgestellt hat, war allerdings ein glatter Reinfall. Wir haben alle Fälle, die dieser Mann, vorher zur Anzeige gebracht hatte, […] genau durchgeprüft und eine große Menge dieser Leute […] aus der Schutzhaft entlassen.

Abg. Gothein (Vp.): Auch meine Freunde sind der Ansicht, daß die Aeußerung Hindenburgs sich unmöglich auf den Reichstag beziehen kann, denn Hindenburg hat sich nach wiederholten Erklärungen des Reichskanzlers ausdrücklich mit der Friedenskundgebung des […] einverstanden erklärt.

Abg. Heine (Soz.): Der Abg. Fehrenbach hat die Sache vollkommen richtig aufgefaßt. Es ist wahr, ich hätte den Ausdruck, den ich gebraucht habe, nicht gebrauchen sollen. Ich habe die Gefühle des Volkes selbstverständlich nicht verletzen wollen. In der Sache selbst muß ich sagen, ein solcher Ausdruck wäre mir nicht untergelaufen, wenn ich nicht gesprochen hätte in der Entrüstung über das […] und die im Plakat liegende Beleidigung gegen alle, die sich zur Friedenspolitik der Reichstagsmehrheit bekennen. Denn daß das Plakat sich gegen uns und alle die richtet, daran ist gar kein Zweifel: es ist ein Aufruf zum inneren Kampf, ein Aufruf zur Zwietracht — ein alldeutsches Manöver, und ich bedaure, daß Hindenburg seine Worte dazu hergibt. Ein Mann, den ich seiner militärischen Leistungen wegen hoch verehre, wie ich es vorhin ausgesprochen habe, nicht vorsichtshalber, sondern aus warmem Herzen. […] solcher Mann bleibt deswegen doch der große Mann, der er ist.

Die Debatte schließt. In der Abstimmung wird zunächst der Antrag der Unabhängigen Sozialisten auf Aufhebung des Belagerungszustandes gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten abgelehnt. Darauf werden die Anträge des Ausschusses angenommen, mit Ausnahme des ersten Antrages auf Aufhebung der politischen Zensur, dieser Antrag wird von der […] und den Unabhängigen Sozialdemokraten gegen die Stimmen der übrigen Fraktionen abgelehnt.

Ministerialdirektor Schröder legt dar, daß die Kosten der vom Ausschuß vorgeschlagenen Resolutionen auf Erhöhung der Mannschaftslöhnung, Familienunterstützung, des Putzgeldes usw. pro Jahr […] zwei Milliarden ausmachen würden.

Die Resolutionen werden angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Das Haus vertagt sich bis zum 5. Dezember; der Präsident erhält die Ermächtigung, unter Umständen die nächste Sitzung auch früher anzuberaumen und die Tagesordnung der ersten Sitzung selbständig festzusetzen.

Schluß 8 Uhr.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

90. Sitzung. Donnerstag, 11. Oktober 1917, vormittags 11½ Uhr.

(Schluß.)

Minister des Innern Graf **Vitzthum** behauptet, die Ziele des Antrags Castan (Neuordnung) deckten sich im wesentlichen mit den Zielen des Verfassungsausschusses im Reichstage. Danach werde gewünscht, daß sich die sächsische Regierung im Bundesrate dafür einsetze, daß die in der Osterbotschaft des Königs von Preußen gegebene Zusage auf Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts zwangsweise durch den Bundesrat in den Einzelstaaten verwirklicht werde. Sei dies aber der Fall — und anders könne er den Antrag nicht auffassen —, so müsse er doch auf die Bedenklichkeit des Antrages hinweisen. Infolgedessen sei er nicht in der Lage, den sächsischen Bundesratsbevollmächtigten anzuweisen, im Sinne des Antrages im Bundesrat zu wirken.

Den Beratungen der Deputation über eine Reform der Ersten Kammer sei die Regierung eingehend gefolgt. Die von der Regierung angekündigte Vorlage werde in manchen Punkten von den Richtlinien des Verfassungsausschusses nicht unwesentlich abweichen.

Eine Minderung der Rechte und verfassungsmäßigen Stellung der Ersten Kammer müsse die Regierung grundsätzlich ablehnen. Für die Regierung müsse eine unterschiedliche Bewertung beider Kammern ausgeschlossen sein.

Worin die Abweichungen der Regierungsvorlage von den Richtlinien des Verfassungsausschusses bestehen werden, könne er heute noch nicht sagen, da eine Aussprache hierüber heute doch zu keiner Einigung führen würde. Nur zu einem Punkte wolle er sich auslassen. Wenn die Deputationsanträge neben dem Arbeiterstande auch den Lehrern, Beamten, Privatbeamten und freien Berufen ohne Einschränkung eine entsprechende Vertretung eingeräumt wissen wollen, so werde damit ein Programm entwickelt, das ohne eine radikale Umwandlung der Ersten Kammer nicht durchzuführen ist. Die freien Berufe werden also ihre Erwartungen an eine gesetzlich festgelegte Vertretung in der Ersten Kammer sehr zurückschrauben müssen. **Die Regierung denkt nicht an eine Umwandlung der Ersten Kammer in eine berufsständische Interessenvertretung.**

Die Erste Kammer soll gegenüber der mehr auf parteipolitischen Momenten beruhenden Zweiten Kammer eine Vertretung derjenigen Volksschichten sein, die an einer ruhigen und stetigen Fortentwicklung des Staatsgedankens ein Interesse haben. Richtig sei, daß die Zusammensetzung der Ersten Kammer nicht mehr der gegenwärtigen Struktur des Landes entspreche. Die Reform werde aber an das Bestehende anknüpfen müssen. Es werde künftig die Zusammensetzung der Ersten Kammer aus vier Gruppen bestehen: 1. aus den Mitgliedern, die der Kammer aus eigenen, wohlerworbenen Rechten angehören (Zuruf: Wohlerworbenen?), 2. aus Vertretern der Selbstverwaltung (der großen Stadtgemeinden), 3. aus Vertretern des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes und von Handel und Industrie (Vertretern der materiellen Gütererzeugung) und 4. aus Vertretern der geistigen Güter. Die Gruppen 3 und 4 bedürfen jedoch einer gewissen Ergänzung, die aber nicht zu einer berufsständischen Interessenvertretung führen dürfe. Inwiefern für diese Umgestaltung das Wahlrecht eingeräumt werden solle, oder ob man an der Ernennung durch den König festhalten werde, hänge einmal davon ab, ob Organisationen für solche Wahlen vorhanden sind, und zum anderen, daß die Krone über den Parteien stehe und infolgedessen zur Auswahl geeigneter und objektiv denkender Männer besonders geeignet erscheine.

Abg. Dr. **Zöphel** (natl.) wendet sich gegen die konservativen Abänderungsanträge, die ja schon in der Deputation abgelehnt worden seien. Was die Konservativen anstreben, sei der Rückgang zu einem Herrenhaus. Die Erste Kammer ist der Niederschlag der früheren Stände, jetzt handelt es sich aber darum, der Gegenwart zu ihrem Rechte zu verhelfen. Die Erste Kammer ist ein Konglomerat bestimmter Interessen zum Nachteil des Gesamtwohls. Beim Widerspruch der Meinungen der Ersten und Zweiten Kammer sollte die Regierung die Rolle eines Schiedsrichters übernehmen. Unter diesem Gesichtspunkte bitte er um Unterstützung des Antrages Seyfert. Dann trat Redner noch für Schaffung eines verantwortlichen Ministerpräsidenten ein.

Vizepräsident **Fräßdorf** (Soz.)

Der Minister hat in der Ersten Kammer am 27. September Ansichten über die Begriffe Freiheit und Gleichheit entwickelt, die in vollständigem Widerspruch zu den Anschauungen der aufstrebenden Bevölkerungsschichten stehen. Der Minister hat dort gesagt, die Ablehnung des Antrages Castan seitens der Ersten Kammer wäre wohl zu erwarten gewesen. Ja, der Minister kennt seine Pappenheimer. (Sehr gut! b. d. Soz; Heiterkeit.) Geheimrat Wach hat erklärt, die Erste Kammer habe sich wirklichen Fortschritten nie hindernd entgegengestellt. Nun, es kommt eben darauf an, was man unter wirklichen Fortschritten versteht. Die neue Zeit hat jedenfalls gezeigt, daß die Herrschaften drüben und insbesondere die Konservativen es nicht verstehen, sich den Zeitverhältnissen entsprechend anzupassen. Als Redner dann von dem entrechteten sächsischen Volke spricht, unterbricht ihn

Vizepräsident Dr. **Spieß**: Sie dürfen hier nicht von Entrechteten sprechen! (Großer Lärm und Widerspruch b. d. Soz.)

Vizepräsident **Fräßdorf** (fortfahrend) bedauert, dieser Ermahnung keine Folge leisten zu können. Gegenüber unseren Feinden ist die Einigkeit aller im Innern notwendig. Diese Einigkeit zu fördern ist Aufgabe der Regierung und der Rechten. Diejenigen, die sich der Entwicklung entgegenstemmen und die in diesem schweren Kriege dem Volke die politischen Rechte vorenthalten, stören diese Einigkeit. (Sehr wahr! links.)

Wir Sozialdemokraten haben die Aufhebung der Ersten Kammer beantragt und dazu werden wir zunächst Stellung nehmen. Sollte unser Antrag abgelehnt werden, dann werden wir in Abweichung von unserer früheren Haltung für eine Umgestaltung der Ersten Kammer stimmen, obwohl wir wissen, daß eine Umänderung in unserem Sinne nicht erfolgen wird. Wir legen uns damit keineswegs für künftige Zeiten fest, wir stimmen — gewissermaßen aus formalen Gründen — für eine Reform, um die Entwicklung der Dinge nicht zu hemmen, um der Regierung und den Konservativen nicht Gelegenheit zu geben, sagen zu können, daß für eine Reform in der Ersten Kammer in der Zweiten Kammer überhaupt keine Zweidrittelmehrheit zu haben ist. Das sind die Gründe, die uns bewegen, dem Antrage auf eine Umgestaltung der Ersten Kammer zuzustimmen.

Die Regierung hat gezeigt, daß sie unbelehrbar ist, und daß sie dem Volksempfinden blind gegenüber steht. Die Krone ist in diesen Tagen schlechter beraten als je! (Sehr wahr! links.) Es wird noch einmal auszusprechen sein, in welcher Weise die Krone von ihren Ratgebern gefährdet worden ist. (Sehr richtig!) Der Minister hat in der Deputation gesagt, daß schon die räumlichen Verhältnisse einer Erweiterung der Ersten Kammer entgegenstehen. (Lachen links und in der Mitte.) Das war keineswegs ironisch gemeint. In Sachsen müssen anscheinend erst Märzwinde wehen, ehe die Räume erweitert werden und sich Verständnis für die politischen Rechte des Volkes Platz macht.

Der Abg. Schmidt hat gesagt, man könne in Sachsen nicht das gleiche Wahlrecht einführen, weil die Mehrheit seiner Bevölkerung der Arbeiterschaft angehört. Danach müßte also die Mehrheit des sächsischen Volkes nicht aus Arbeitern, sondern aus Faulenzern bestehen, dann würden wir das gleiche Wahlrecht haben! (Sehr gut! b. d. Soz.) Nach dieser These müßte also Sachsen das reaktionärste und Mecklenburg das freiheitlichste Wahlrecht haben. Wir müssen ganz entschieden dagegen protestieren, daß dieser Standpunkt bei uns Boden gewinnt.

Wenn die Regierungsvorlage, von der uns heute der Minister einen Ausschnitt vorgeführt hat, angenommen wird, so muß es zu schweren innerpolitischen Kämpfen kommen. Wir haben die Regierung und die Konservativen in ihrer politischen Rückständigkeit noch unterschätzt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir haben geglaubt, Sie würden aus den Vorgängen in der Welt gelernt haben. Darin haben wir uns getäuscht. **Es besteht ein unlösbarer Gegensatz in der Haltung der Krone und den Interessen nicht nur der Arbeiterschaft, sondern aller Erwerbsstände,** der zu den schwersten politischen Kämpfen führen muß. Mein Freund Lange hat neulich die Vaterlandsliebe der Sozialdemokratie betont, wir haben aber auch ein Interesse daran, Vaterlandsliebe auch von den anderen Parteien zu verlangen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Sie treiben das Volk zum Aeußersten! Dem hungernden Volke auch seine politischen Rechte versagen, das zeugt nicht von Vaterlandsliebe, sondern Selbstsucht in krassester Form! (Stürmisches Sehr richtig! b. d. Soz.)

Trotzdem sind wir zur Mitarbeit in der vorliegenden Frage bereit. Wir werden aber auch weiter kämpfen. **Solange der Arbeiter, der Geschäftsmann und der kleine Beamte nicht dasselbe Recht hat wie alle anderen, solange gibt es zwischen uns und der Regierung und denen, die dem Volke die politischen Rechte nicht geben wollen, keinen Vertrag. Da kann es nur Kampf bis zum äußersten geben!** (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Dr. **Roth** (Fortschr. Vp.) bezeichnet die Deputationsanträge als sehr maßvoll. Die Regierungsvorlage werde wahrscheinlich bloß ein Stückwerk sein.

Abg. **Fleißner** (Unabh. Soz.): Meine politischen Freunde sind der Auffassung, daß der Antrag Castan nur dann einen Zweck hat, wenn ein wesentlicher politischer Fortschritt in Reich und Bundesstaaten herbeigeführt wird. Gegen die Ausführungen des Ministers in der Ersten Kammer, die kriegsverlängernd wirken müssen, legen wir ganz entschieden Verwahrung ein.

Wir werden dem Antrage Seyfert, der einen tiefen Eingriff in die Befugnisse der Ersten Kammer bedeutet, zustimmen, lehnen dagegen grundsätzlich unsere Zustimmung zur Berufsvertretung ab. Der Zustand, den wir bekämpfen, wird dann nur verewigt. Es ist seinerzeit gesagt worden, die Neuordnung werde kommen müssen, von der Krone oder von der Straße. Daß von der Krone nichts zu erwarten ist, haben die letzten Wochen gezeigt. Bleibt also nur übrig: die Neuordnung muß von der Straße kommen! Wir werden dabei sein und sogar die Initiative ergreifen. Wir hoffen, daß diejenigen dabei sein werden, die diese Worte ausgesprochen haben.

Abg. Dr. **Schanz** (kons.) behauptet, Fräßdorf habe die Begriffe Vaterland und Partei verwechselt.

Abg. **Hartmann** (natl.) wünscht, daß der Stadt Bautzen kraft Gesetzes ein Sitz in der Ersten Kamer eingeräumt werde.

Abg. **Brodauf** (Fortschr. Vp.) wendet sich scharf gegen den Minister, weil dieser seine Sympathie mit denjenigen ausgesprochen habe, die sich gegen die Friedensresolution der Reichstagsmehrheit erklärt hätten.

Minister Graf **Vitzthum** erwidert, er habe die Vaterlandspartei in der Ersten Kammer nicht genannt, sondern bloß seine besondere Genugtuung darüber ausgesprochen, daß wieder eine nationale Welle durch unser Volk gehe. (Bravo! rechts. Zwischenrufe bei den Soz.) Utopistische Ziele lägen ihm fern. Unser Wille ist, den Feind zu besiegen, und einen Frieden der Kraft zu erkämpfen, der die Zukunft des Volkes sicherstellt. (Bravo! rechts. Lebh. Zwischenrufe links.)

Abg. Dr. **Böhme** (kons.): Die Konservativen seien durchaus nicht reformfeindlich; sie seien es sogar gewesen, die die ganze Entwicklung eingeleitet hätten. Die Angriffe auf die Vaterlandspartei seien unerhört. Hinter ihr stünde sicher auch die Mehrheit der Kammer. (Lärmender Widerspruch links.) Die Wünsche der Arbeiterschaft würden nie zufrieden zu stellen sein.

Damit schließt die Debatte. — Es folgen noch die Schlußworte der drei Berichterstatter, worauf zur

Abstimmung

geschritten wird.

Der Deputationsantrag zum Antrag Castan (Neuordnung) wird gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Das sozialdemokratische Minderheitsgutachten (Beseitigung der Ersten Kammer) wird mit 40 gegen 30 (sozialdemokratische und fortschrittliche Stimmen) abgelehnt.

Darauf werden die Anträge der Deputationsmehrheit teils einstimmig, teils gegen eine schwankende konservative Minderheit angenommen. Die Unabhängigen Sozialisten beteiligen sich teilweise an der Abstimmung nicht.

Zum Schluß beschloß die Kammer noch, die Staatsregierung zu ersuchen, dem nächsten Landtage eine Denkschrift über die Frage des kleinen und mittleren Grundbesitzes vorzulegen.

Schluß 6¾ Uhr. — Nächste Sitzung: Montag, 15. Oktober, vormittags 11¼ Uhr: Kohlenbergbaugesetz.

Letzte lokale Nachrichten.

Butterverteilung.

Die nächste Butterverteilung findet am 17. und 18. Oktober 1917 statt. Es wird geliefert auf die angemeldeten Landesfettkarten der Stadt Dresden „Oktober 3" ¼ Pfund Butter, auf die angemeldeten Butterbezugsscheine 50 Proz. in Margarine. Der Preis für die Butter, der in den letzten Monaten fast immer auf 2,90 M. festgesetzt werden konnte, beträgt diesmal 3,24 M. für ein Pfund, da die preußischen Provinzen, aus denen diese Butter nach Sachsen gewiesen wird, ihren Butterpreis erhöht haben und außerdem ein Teil teuererer Auslandsbutter mit verwendet werden muß.

Falscher Kriminalbeamter und Betrüger. Der 27jährige Elektrotechniker und Militärinvalid Richard Th., der festgenommen wurde, knüpfte auf der Straße und in Wirtschaften Bekanntschaften mit Frauen und Mädchen an, denen er sich im Laufe des Gesprächs als Kriminalbeamter ausgab und denen er sträflichen Verkehr mit Männern, der zu seiner Kenntnis gekommen sei, vorhielt. Gleichzeitig versprach er, von Anzeige abzusehen, wenn sie die entstehenden „Gebühren" an ihn bezahlen würden. In anderen Fällen bezeichnete er sich als Inhaber eines elektrotechnischen Geschäfts und nahm Lieferungsaufträge sowie Vorschuß zum angeblichen Ankauf von Material entgegen.

Schaufenstereinbrüche. In letzter Zeit haben sich die Schaufenstereinbrüche wieder gemehrt. In der Nacht zum 10. Oktober ist ein solcher Einbruch in das Pelzwarengeschäft Ecke Amalien- und Serrestraße ausgeführt worden. Dabei haben die Diebe für mindestens 1900 M. neue Pelzsachen erbeutet.

Schüler als Hilfsarbeiter bei der Kartoffelernte. Vom Kriegsernährungsamt ist soeben an die höheren Schulen die dringende Aufforderung ergangen, mit Rücksicht auf die sich bereits geltend machende Kälte zur Verhinderung des Erfrierens der Kartoffelfrüchte so rasch wie möglich Schüler aus oberen Klassen als Hilfskräfte zur Verfügung zu stellen. Die sich meldenden Schüler haben, bevor sie angenommen werden, die schriftliche Genehmigung ihrer Eltern zu erbringen.

Vorhersage der sächsischen Landeswetterwarte
für den 13. Oktober:

Keine wesentliche Aenderung.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19171012/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sämtliche hiesigen Banken und Bankgeschäfte

halten ihre Schalter

am Sonntag den 14. Oktober 1917

in der Zeit

von 11 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags

zur Entgegennahme von Zeichnungen auf die 7. Kriegsanleihe

geöffnet. [S 9

Frachtbrief-Meldemarken.

Als Ergänzung zu Punkt I unserer Bekanntmachung vom 18. August 1917 über die Anzeigepflicht des ersten Empfängers des Frachtbriefes ordnen wir, um Doppelmeldungen zu verhindern, folgendes an:

I.

Der erste Empfänger hat sofort nach Eingang der Kohle den Frachtbrief oder das Schiffspapier (Schiffsladeschein) der zuständigen Stelle zu melden und mit einer Meldemarke zu versehen. Ist ein Frachtbrief oder ein Schiffspapier mit der vorschriftsmäßigen Marke versehen, so ist die Anzeigepflicht erfüllt und der nächste Empfänger der Meldung enthoben.

II.

Die Meldemarken sind erhältlich:

a) bei Kohleneingängen in Dresden: beim Rat zu Dresden, Kohlenamt (Neues Rathaus, 3 Treppen);
b) bei Kohleneingängen in der Amtshauptmannschaft Dresden-A.: bei der Bezirksverteilungsstelle (Firma Jähnig, Deuben);
c) bei Kohleneingängen in der Gemeinde Deuben: beim Gemeindevorstand zu Deuben;
d) bei Kohleneingängen in der Amtshauptmannschaft Dresden-N.: bei der im einzelnen Falle zuständigen Ortskohlenstelle.

III.

Zuwiderhandlungen werden nach § 17 der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 25. September und 4. November 1915 (RGBl. 1915 S. 607 ff. 728 ff.) mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geld bis zu 1500 M. bestraft.

IV.

Die Bestimmung tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft.

Dresden, Radeberg, Deuben und Radebeul, am 10. Oktober 1917.

Der Rat zu Dresden.
Die Königliche Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt.
Die Königliche Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt.
Der Stadtrat zu Radeberg.
Der Gemeindevorstand zu Deuben.
Der Gemeindevorstand zu Radebeul. [S 11

Kohlenverbrauch im Oktober 1917.

§ 1.

Den Dresdner Haushaltungen werden die am 1. September 1917 vorhandenen anzeigepflichtigen Vorräte an Steinkohlen und Braunkohlen aller Art, Koks, Industriebriketts, Hausbrand- und Steinkohlenbriketten bei den späteren Kohlenkartenausgaben angerechnet.

Das Nähere wird seinerzeit durch besondere Bekanntmachung geregelt werden.

§ 2.

Bis auf weiteres dürfen sämtliche Dresdner Haushaltungen im Oktober nur so viel Kohlen, Koks oder Briketts verfeuern, als nach Maßgabe der ausgegebenen Kohlengrundkarten in diesem Monat auf den einzelnen Haushalt entfallen, das sind

2½ Hektoliter Kohlen (Braun-, Steinkohlen, Industriebriketts) oder
2½ Hektoliter Koks oder
375 Stück Hausbrandbriketts oder
125 Stück Steinkohlenbriketts.

Der Verbrauch von Anthrazit und die Befeuerung von Zentralheizungen in Haushaltungen ist bis auf weiteres überhaupt verboten.

§ 3.

Ausnahmen (z. B. in nachgewiesenen Krankheitsfällen und dergl.) bedürfen der Genehmigung des Kohlenamts.

§ 4.

Zuwiderhandlungen werden nach § 17 der Verordnung des Reichskanzlers vom 25. September, 4. November 1915 (R.-G.-Bl. S. 607 ffg., 728 ffg.) mit Geld bis zu 1500 M. oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft.

§ 5.

Durch die vorstehenden Bestimmungen erledigt sich die Ratsbekanntmachung vom 10. August 1917 über den Kohlenverbrauch im August und September 1917.

Dresden, am 11. Oktober 1917. [S 10

Der Rat zu Dresden.

Französisch!
Anfangskursus für Kinder monatlich 2 M. [S 9
Beginn Sonnabend den 13. Oktober nachmittags 4 Uhr.
Kurse für Erwachsene und Kinder monatlich 2.00 M.
Lehrerin des Volksbildungs-Vereins.
Anmeld.: Blochmannstr. 18, 2.

Jede Dame
kauft beim [S 210
weit und breit bekannten billigen
Mäntel-Ulbricht
nur noch Neustadt:
Heinrichstrasse 14-16.

Näh-Nikle „Juwel"
D.R.G.M. Patent in Deutschland, Amerika, Schweiz und Spanien.
Das unübertrefflichste Werkzeug für Jedermann!
Die größte Erfindung, um mit der Handlo ... zu nähen, jahrelang zu reparieren z. B. Säcke, Gebäcke, Zelte, Leder, Teppiche, Bettwäsche, Kleidungsstücke usw.
Juwel macht Steppstiche wie eine Nähmaschine. Es ändert die Stichlänge, spart Garn, Zeit, Kraft und Geld. Jedem Faden und Spagat mit Juwel:
Mk. 3.80
unter Garantie ... Porto und Verpackung frei.
Was beachte:
„Juwel" ist ein ... aus Metall, die Spule im Heft gibt beim Nähen den Faden ab wie eine Nähmaschine.
„Juwel" hat so viel Vorzüge, daß alle Nachahmungen fast wertlos erscheinen!
General-Vertrieb
J. Höpfl, München 26
Landwehrstraße 39.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Dresden und Umgegend
D. M.-V.
Schützenplatz 20. I. u. II. Telephon 15079
Elektromonteure!
Sonnabend den 13. Oktober, abends 8 Uhr
Wichtige Branchenversammlung
im Volkshaus, Saal II.
S 585] Tagesordnung: Lohnbewegung.
Zahlreiches Erscheinen erwartet Die Ortsverwaltung.

Allgem. Dresdner Gewerbs-Gehilfen Kranken- u. Begräbnis-Kassen-Verein
Sonnabend den 20. Oktober, abends von 8—11 Uhr
Wohltätigkeits-Unterhaltungsabend
: zum Besten der Hinterbliebenen :
der im Felde gefallenen Mitglieder.
Die Darbietungen werden von der beliebten humorist. Herrengesellschaft
Weber-Sänger
mit neuem, zeitgemäßem Programm ausgeführt.
Eintrittskarten à 30 Pf. sind für unsere Mitglieder und deren Angehörige bei sämtlichen Verwaltungsmitgliedern sowie bei den Rechnungsführern zu entnehmen: Leichsenring, Freiberger Straße 5, Braunisch, Wernerstraße 19, 3., Schlad'tz, Borngasse 2, pt., Imhof, Hamburger Straße 61, 1., Nunslich, Wachsbleichstraße 22, 4., Sertel, Augsburger Straße 35, pt., Korndörfer, Richenstraße 13, 3., Roßberg, Großenhainer Straße 144, pt., Lehmann, Trachauer Straße 22.
In Anbetracht des wohltätigen Zweckes lade zu recht zahlreicher Beteiligung freundlichst ein
Die Gesamtverwaltung.

Zentralverband der Handlungsgehilfen
Ortsgruppe Dresden.
Dem grausamen Völkerringen ist unser Kollege, der Kaufmann
Max Fahsel
Soldat im Infanterie-Regiment 102, 4. Kompanie
im Alter von 26 Jahren zum Opfer gefallen.
Ehre seinem Andenken!
S 515] Der Ortsvorstand.

6. Kreis. Bez. Gitterlee, Goichütz, Burgk. Kl.-Naundorf
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Parteigenosse
Richard Imhof
im Alter von 34 Jahren verschieden ist. Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt Sonnabend nachmittag 2½ Uhr vom Trauerhause, Burgk, Bernhardsweg 46, gen. Lindenhof, aus.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht Die Verwaltung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die ... Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Sohn, Bruder und Schwager
Richard Imhof
nach langem, schwerem Leiden am Dienstag abend 7 Uhr im Alter von 34 Jahren verschieden ist.
Die trauernde Gattin Lina Imhof
nebst Eltern und Geschwistern.
Die Beerdigung erfolgt Sonnabend nachmittag 2½ Uhr vom Trauerhause, Burgk, Bernhardsweg 46, gen. Lindenhof, aus.

Potschappel.

Auf den Bezugsabschnitt Nr. 6 der grauen Lebensmittelkarte, Reihe 1, kann vom 12. bis 15. Oktober in dem Geschäft, in dem der Abschnitt zur Belieferung angemeldet worden ist, ¼ Pfund Teigwaren zum Preise von 18 Pf. entnommen werden.

Aufgerufen wird gleichzeitig der Bezugsabschnitt Nr. 7 der grauen Lebensmittelkarte, Reihe 1. Die angemeldeten Abschnitte sind von den betreffenden Geschäften bis zum 16. Oktober, mittags 12 Uhr, im Rathause abzuliefern.

Auf den Bezugsabschnitt, Reihe 1, II, der grauen Lebensmittelkarte und gegen Abgabe eines Oktober-Abschnitts der Landessperrkarte kann in den nachverzeichneten Verteilungsstellen je ein halber polnischer Landkäse zum Preise von 50 Pf. entnommen werden.

Verteilungsstellen:

Häßner, Dresdner Straße	Schroth, Coschützer Straße
Kühne, Dresdner Straße	Roßberg & Sohn, Kirchstraße
Döhnel, Dresdner Straße	Konsumverein, Dresdner Straße
Silbermann, Dresdner Straße	Fischer, Ortsteil Niederpesterwitz.
Arnold, Tharandter Straße	

Potschappel, den 12. Oktober 1917. [W 203

Der Gemeindevorstand.

Deuben.

Die amtliche **An- und Verkaufsstelle für getragene Kleidungsstücke** sowie Schuhwaren befindet sich hier, **Dresdner Straße 30,** gegenüber dem Rathaus. Sie ist geöffnet von 3 bis 7 Uhr nachmittags. [W 33

Deuben, am 17. Mai 1917.

Der Gemeindevorstand.

Sparkasse Leuben b. Dresden, Rathaus
Gute Bahnverbindung. Straßenbahnlinie: Dresden—Laubegast—Leuben (Markt)—Bahnhof Niederiedlitz.
Geöffnet während der Kriegszeit von 9 bis 1 Uhr.
Tägliche Verzinsung zu 3½ Prozent.
Postscheck-Konto Leipzig 6184. — Gemeindegirokassen-Konto.
Fernsprecher: Amt Niederiedlitz 996. [K 134

Achtung! Frische Fische!
Heute und Sonnabend gelangen zirka 10 Zentner frische Fische zum Verkauf. **3 Pfund 1 Mk.** [H 2614
Marie verw. Höhne, Dr.-Bielchen, Leipziger Straße 118.

Gesinnungsgenossen! Werbt für eure Volks-Zeitung!

Reichstag.

126. Sitzung. Donnerstag, den 11. Oktober 1917, vormittags 10½ Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Helfferich, Graf Roedern.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung der Vorlage über die

Wiederherstellung der Handelsflotte.

Abg. Dr. Bell (Z.) begründet einen Antrag auf eine andere Abrundung der Prozentsätze und Skalen für die Zuschläge zu den vom Reich zu gewährenden Beihilfen.

Abg. Dr. Herzfeld (U. Soz.) Wir lehnen die Vorlage ab. Wir wollen nicht, daß dem Kapitalismus im Reedereigewerbe ein derartiges Milliardengeschenk in den Schoß geworfen wird. Das Gesetz zeigt, wie stark die imperialistischen Tendenzen auch auf wirtschaftlichem Gebiet sind. Weshalb müssen da jetzt über 20 Milliarden aus den Taschen der Steuerzahler bewilligt werden? Zu Folge des

Milliardengeschenks

wird eine zunehmende Trustbildung in der Schiffahrt und im Schiffbau sein. Die Kurse der Werften sind gewaltig gestiegen, als die Annahme des Gesetzes feststand. Die Mitteilung von dem Steigen dieser Kurse in der Presse wurde aber von der Zensur verboten. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Soz.) Die Zensur im Dienste des Börsenkapitals! Wir lehnen die Vorlage ab. (Beifall bei den Unabh. Soz.)

Abg. Emmel (Soz.): Jetzt, wo über die Entschädigung aller durch den Krieg Geschädigten noch nicht entschieden ist, erscheint uns dieses Gesetz nicht gerechtfertigt; wenn zumal unser Antrag, nur Darlehen zu gewähren, heute wieder abgelehnt wird, sind wir zur Ablehnung des Gesetzes gezwungen. Wir könnten sonst die Verantwortung für das Gesetz nicht übernehmen.

Abg. Henke (U. Soz.): Als unbedingte Gegner des Gesetzes lehnen wir auch den sozialdemokratischen Antrag ab.

Für den sozialdemokratischen Antrag stimmen nur die Sozialdemokraten, wonach das Gesetz mit dem Antrag Bell gegen beide sozialistischen Fraktionen angenommen wird.

Vizekanzler Dr. Helfferich dankt namens der Verbündeten Regierungen für die Annahme dieses Gesetzes. Ihr Beschluß zeigt den Lebens- und Zukunftswillen des deutschen Volkes, seinen Glauben und seine Zuversicht. (Beifall.)

Nachtragsetat.

Abg. Ledebour (U. Soz.):

Gegen die Einrichtung eines Vizekanzlerpostens hat gerade ein Fachmann wie Graf Posadowsky so schwere Bedenken erhoben, daß die Zustimmung der Mehrheit nur daraus zu begreifen ist, daß sie aus Verlegenheit über den unzulänglichen Dr. Michaelis sich mit Dr. Helfferich behelfen will. Sie alle haben sich dem Eindruck nicht entziehen können, daß dieser

Dr. Michaelis so absolut unbrauchbar

ist für sein Amt, sowohl der Fähigkeit wie dem Charakter nach, (Unruhe, Ordnungsruf) daß er bald auf einen anderen Posten versetzt werden muß. Ein wirklich qualifizierter Reichskanzler wird keinen Vizekanzler neben sich dulden. Dr. Michaelis und v. Capelle haben hier so gesprochen, daß der Eindruck erweckt werden mußte, meine Freunde hätten zur Meuterei in der Flotte aufgereizt. Dieses Verfahren ist auch von Dr. Streiemann scharf verurteilt worden, noch schärfer von der „National-Zeitung", die auch mitteilte, daß der Regierung schon vor einiger Zeit dringendst geraten worden war, den jetzt von ihr gegangenen Weg nicht zu beschreiten; sie habe gewußt, daß das Material zur Anklageerhebung nicht ausreicht. (Hört! hört! b. d. U. Soz.) daß die Reichsanwaltschaft daraufhin die Aufhebung der Immunität nicht stellen konnte. (Pfuirufe b. d. U. Soz.) — Präsident Dr. Kaempf will in dieser Debatte eine Besprechung allgemeiner politischer Dinge nicht zulassen. — Ledebour widerspricht und begründet sachlich den Zusammenhang: Ich will nur nachweisen, daß der Vizekanzler nicht mehr notwendig ist. Der Reichsanwalt hat schon vor einiger Zeit erklärt . . . (Präsident Dr. Kaempf will diese Erörterung unterlassen. — Stürm. Widerspruch bei d. U. Soz.) Der Reichsanwalt hat erklärt: Es liegt nichts vor, was mich berechtigen könnte, eine Anklage zu erheben, und dann kommt der Reichskanzler hierher und macht den Anschein zu erwecken, als ob nicht nur eine Anklage vorläge, sondern auch eine Riesenschuld. (Pfuirufe bei d. U. Soz.) Als in den Jahren 1849/50 eine ähnliche Hochverratsanklage gegen den fortschrittlichen Führer Waldeck erhoben werden sollte, lehnte der Staatsanwalt die Erhebung der Anklage ab, weil die Beschuldigung

ein Bubenstück

sei, ersonnen, um einen ehrlichen Mann zu verderben. (Präsident Dr. Kaempf: Ich kann nicht einsehen [Sehr richtig! b. d. U. Soz.] wie das zum Nachtragsetat gehört.) Das werden Sie gleich hören. (Der Präsident versucht abermals die Fortsetzung zu verhindern.) Diese Worte des Staatsanwalts von damals treffen zu auf den Reichskanzler Michaelis. (Die mit erhobener Stimme in den Saal gerufenen letzten Worte des Redners entfesseln lärmende Entrüstungsrufe auf der Rechten, der Präsident ruft den Abg. Ledebour zum zweitenmal zur Ordnung und droht ihm die Wortentziehung an. (Stürmische Pfuirufe auf der äußersten Linken.) Der Redner begründet darauf die im Ausschuß bereits abgelehnte, aber wieder eingebrachte Entschließung auf Aufhebung des „Aufklärungsunterrichts" im Heere. Wir legen Ihnen nochmals nahe, diesen Zustand abzuschaffen, der unter Leerweisen und Volk schädigen und notwendigerweise dazu führen muß, daß Soldaten, die anderer politischer Ueberzeugung sind, und das ist die ganz überwiegende Mehrzahl, sich in ihrer Ehre und Ueberzeugung bedroht fühlen. (Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Dr. David (Soz.):

Wir haben den Nachtragsetat im Interesse der Einheitlichkeit des Volkes und der Regierung abgelehnt. Daß Einheitlichkeit heute nicht besteht, ist freilich Tatsache; daß sie aber durch Berufung eines Vizekanzlers und insbesondere Dr. Helfferichs erhöht würde, bezweifeln wir. (Sehr richtig! links.) Das Nichtbestehen der Einheitlichkeit und der ganze Jammer unserer politischen Zustände geht wieder aus den Aeußerungen hervor, die Ministerpräsident Graf Hertling über

die elsaß-lothringische Frage

im Hauptausschuß der bayerischen Abgeordnetenkammer getan hat. (Hört! hört!) Vorgestern hat Herr v. Kühlmann auf die Bedeutung dieser Frage für die Friedenspolitik hingewiesen. Auf Grund der Erörterungen im Reichstage und seinem Ausschuß waren wir der Meinung, daß die Reichsregierung auf eine Regelung hinsteuern würde, die den Wünschen des elsaß-lothringischen Volkes entspricht, nämlich auf die Umwandlung der Reichslande in einen selbständigen Bundesstaat mit einer freiheitlichen Ordnung der Dinge im Innern. Nun hat Graf Hertling seine Ansicht dahin geäußert, daß die Angliederung des Elsaß an Süddeutschland den gegebenen Verhältnissen entspreche, ebenso eine Angliederung Lothringens an Preußen. (Hört! hört!) Das ist ein vollkommenes Durcheinander und Gegeneinander und es erweist die Notwendigkeit einer einheitlichen zentralen Führung. Und diese Frage kann nur gelöst werden, wie es die große Mehrheit des elsaß-lothringischen Volkes haben will, durch Schaffung eines selbständigen Bundesstaats mit möglichst demokratischen Einrichtungen. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Wir fürchten, daß die Schaffung eines Vizekanzlerpostens für Dr. Helfferich die

Zerfahrenheit und die inneren Reibungen

innerhalb der Reichsleitung nur noch vermehrt werden. Die staatsrechtliche Stellung dieses Vizekanzlers ist ganz unklar. Er wird als Vorgesetzter der Staatssekretäre in ihr Amt hineinreden können. Wir hoffen, daß die Staatssekretäre das zurückweisen werden und hoffen das insbesondere auch von dem Mann an der Spitze des Reichswirtschaftsamtes, dem wir ein gewisses Vertrauen entgegenbringen nach der fruchtbaren Tätigkeit, die er in seinem früheren Wirkungskreise entfaltet hat, namentlich auch in sozialpolitischen Fragen. Dem übrigen Inhalt des Nachtragsetats stimmen wir zu. Unser Antrag auf Schaffung eines selbständigen Reichsarbeitsamtes ist abgelehnt worden. Wenn wir ihn auch jetzt wegen seiner augenblicklichen Aussichtslosigkeit nicht noch mal einbringen, so geben wir diese Forderung doch keineswegs auf und werden sie sofort wieder erheben, sobald die Gelegenheit gegeben ist. Unsere Debatte der letzten Tage hat ergeben, daß in der Tat auf Grund oder trotz der Richtlinien im Heere und in der Heimat von militärischen Instanzen die alldeutsche Propaganda gefördert wird. Stimmen Sie daher dem Antrag der Unabhängigen Sozialdemokraten zu, damit der Zusammenhang unseres Volkes gestärkt wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stadthagen (U. Soz.): Im Zusammenhang mit dem Vorgehen gegen meine Freunde ist jetzt auch

Frau Zietz verhaftet

worden. Man richtet sich jetzt nicht mehr nach Schuld oder Unschuld, um eine Anklage zu erheben, sondern lediglich nach der Person. Obwohl man weiß, daß die Frau unschuldig ist, geht man gegen sie vor. Eine solche Richtung der Justiz sollte man mit Knüppeln tot schlagen, nicht aber ihr Hilfe leisten, indem man einer solchen Vorlage zustimmt. Gegen eine solche Justiz gibt es nur eine unbedingte Verurteilung. (Lebhafter Beifall bei den U. Soz.)

Die Debatte schließt. Der Nachtragsetat wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten angenommen.

Eine hierzu gestellte Resolution Albrecht u. Genossen (U. Soz.): „Die Aufklärung beim Militär hat sich auf Angelegenheiten des militärischen Dienstes zu beschränken. Jedwede politische Unterweisung der Soldaten, insbesondere über Kriegsziele und Friedensfragen, durch Vorgesetzte wird untersagt. Der zurzeit eingerichtete Aufklärungsdienst (nunmehr genannt vaterländischer Unterricht) ist sofort aufzuheben", wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten abgelehnt, für den zweiten Satz stimmen auch ein Teil der Volkspartei und der Nationalliberalen.

Hierauf wird die Besprechung über die Interpellation wegen der

Einschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts

im Zusammenhang mit dem Bericht des Ausschusses betreffend Schutzhaft, Belagerungszustand usw. und den dazu gestellten Resolutionen fortgesetzt. Eine Resolution des Ausschusses besagt, daß nach der Auffassung des Reichstags die in Elsaß-Lothringen erfolgten Ausweisungen und Verfügungen der Rückkehr gegen deutsche Staatsangehörige, deren Gründe in der Person des Betroffenen liegen, unter die Aufenthaltsbeschränkungen fallen, für welche der im Reichsgesetz vom 4. Dezember 1916 geregelte Rechtsschutz gilt.

Eine weitere Resolution verlangt baldige Beseitigung der politischen Zensur, bei der Handhabung der Zensur gegenüber der Presse nur Beschränkung von Mitteilungen, durch die militärische Unternehmungen beeinträchtigt werden könnten, dagegen Freigabe der Erörterung der Kriegs- und Friedensziele, von Verfassungsfragen und Angelegenheiten der inneren Politik; Zeitungen und Zeitschriften sollen nur aus Gründen der Gefährdung militärischer Unternehmungen verboten werden dürfen, täglich Zeitungen nicht auf mehr als drei Tage, andere Druckschriften nicht für mehr als drei Nummern.

In einer weiteren Resolution wird die Aufhebung der Verordnung über die Veranstaltung von Lichtspielen verlangt.

Die Abgg. Albrecht und Genossen (U. Soz.) beantragen in einer Resolution sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.):

Wir haben heute die 25. Zensurdebatte. Monat für Monat werden hier dieselben Reden gehalten, aber ohne jeden Erfolg. Die Praxis muß eine andere werden. Ein Redakteur z. B. wird bestraft, weil er mitteilt, das und das Regiment ist durch Po'enmuckel gefahren, hier aber erleben wir es, daß einer der höchsten Reichsgelahrten, hier aber erleben wir es, daß einer der höchsten Reichsbeamten Dinge mitteilt, die bisher mit dem Mantel tiefsten Geheimnisses umhüllt waren und deren Mitteilung gerade in bezug auf militärische Dinge die allerschlimmsten Wirkungen hervorrufen muß. (Lebhafte Zustimmung links.) Wie die Pazifisten rechtlos gemacht werden, ist geradezu ein Skandal. Recht töricht sind auch die Buchausfuhrverbote, so ist ein Buch von Hedwig Heyl, „Das Einmachen der Früchte ohne Zucker", von diesem Verbot betroffen. (Heiterkeit.) Das Kriegspressеamt entfaltet eine Tätigkeit, die allmählich zu einer großen Gefahr für das Reich zu werden droht. Hier scheint

das Zentrum einer Reptilienmache

allerschlimmster Art zu sein. Der Burgfrieden wird durch die einseitig schriftstellerische Tätigkeit des Kriegspressеamts aufs schlimmste gebrochen. Wie stellt sich der Reichskanzler und der Kriegsminister zu dieser Tätigkeit des Kriegspressеamts. Unerhört ist es, daß der Reichstag beschuldigt wird für die Armee nicht das Notwendige bewilligt zu haben, so daß die Schlacht an der Marne verloren gegangen sei. (Hört! hört!) Sie ging verloren durch Mangel an Ausrüstung, ob der Kriegsminister daran schuld war, weiß ich nicht, oder etwa ein Mann, dessen Ressortseifersucht geradezu sprichwörtlich im Reichstag war. Diese Verleumdungen des Reichstages müssen auch von der Regierung hier im Plenum zurückgewiesen werden. Es sieht ja fast so aus, als wenn es Elemente gibt, die auf einen

Konflikt zwischen Heer und Parlament

hinarbeiten. Das wäre der Anfang vom Ende. Heer und Parlament gehören zusammen und wir verlangen vom Kriegsminister und vom Reichskanzler ein deutliches Abrücken von diesen Treibereien. Die „Deutsche Tageszeitung" und andere konservative Blätter dürfen täglich behaupten, die Oberste Heeresleitung sei mit der Politik der Reichsleitung nicht einverstanden; liberalen Blättern aber wird die gegenteilige Behauptung verboten. Läßt der Reichskanzler sich diese Verleumdung auf die Dauer gefallen, daß er eine doppelte Politik macht? Wenn er das tut, steht für ihn alles auf dem Spiel, auch sein guter Name. (Zustimmung links.) Wir brauchen wieder die Stimmung der Befreiungskriege; aber auf dem Sumpfboden einer widerspruchsvollen Zensur-, Denunziations- und Intrigenpolitik kann sie nicht gedeihen, sondern nur auf dem Boden der Gleichheit. (Lebhafter Beifall bei der Volkspartei.)

Staatssekretär Dr. Helfferich:

Die Regierung hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie jede amtliche Begünstigung irgendeiner Agitation nicht billigt, sondern mißbilligt und verwirft und gegen Verstöße gegen diesen Grundsatz einschreiten wird. Die Herren dürfen sich darauf verlassen, daß der Reichskanzler und der Kriegsminister ihr Wort wahr machen werden. Damit wird, wie ich glaube, ein ganz großer Teil des Materials, das vorgebracht worden ist, seine Erledigung finden. Herr Müller-Meiningen hat erwähnt, daß von bestimmten Stellen die Beschuldigungen gegen den Reichstag erhoben worden seien. Er habe vor Ausbruch des Krieges seine Schuldigkeit nicht getan und damit beigetragen zur ungenügenden Ausrüstung unseres Heeres. Ich stehe nicht an, hier zu erklären, daß dieser Vorwurf jeder Berechtigung entbehrt. Ich bestätige ausdrücklich, daß der Reichstag den ihm vorgelegten Militärvorlagen voll zugestimmt hat, daß also dem Reichstag nach dieser Richtung keinerlei Vorwurf gemacht werden kann. (Bravo!)

Staatssekretär des Innern Dr. Wallraf:

Die politischen Rechte, die durch das Belagerungszustandsgesetz zeitweise außer Kraft gesetzt sind, bilden zweifellos den Grund- und Kernstück der staatsbürgerlichen Freiheit. Es ist klar, daß nur eine ungewöhnliche Not der Zeit ihre vorübergehende Aufhebung rechtfertigen kann. In einer solchen Zeit stehen wir seit drei Jahren. Was die Resolutionen Ihres Ausschusses anlangt, so müßte sich nach Annahme des ersten Antrags die Zensur lediglich beschränken auf das Gebiet der Mitteilung von Tatsachen der Kriegführung, soweit dadurch militärische Unternehmungen gefährdet werden können. Damit wäre dann freigegeben das ganze Gebiet der auswärtigen Politik, das schrankenlos behandelt werden könnte, unser Verhältnis zu den Bundesstaaten, zu den Neutralen, zu den feindlichen Staaten, wenn einmal die Zeit kommen sollte, daß Fäden von hüben nach drüben sich ziehen. Freigegeben wäre jede Aufreizung zum Streik, es wäre sogar möglich eine Kritik der Obersten Heeresleitung, soweit es sich nicht um Tatsachen handelt, also z. B. des Geistes, der sie beseelt. Glauben Sie wirklich, daß angesichts der gegenwärtigen Lage eine solche Freigabe der Erörterungen den vaterländischen Interessen dienen werde, glauben Sie, daß auch angesichts der durch den Krieg gesteigerten Sensationslust, angesichts der Seuche von Indiskretion, die durch unser Land geht. Ich kann diesen Optimismus nicht teilen und weil ich die Verantwortung dafür trage, kann ich nur warnen, diesen Weg zu beschreiten. Was die Zeitungsverbote anlangt, so sind von Juli bis Oktober 1917 für ganz Deutschland, abgesehen von Bayern,

insgesamt 18 Zeitungen verboten.

Der Wunsch des Ausschusses, daß bei einem Zeitungsverbot der Reichskanzler jedesmal gefragt werden soll, ist praktisch unausführbar, denn solch ein Verbot muß sofort eintreten, wenn es seinen Zweck wirklich erreichen soll. Der Wunsch des Antrags Heine, daß Zeitungsverbote sich nie länger als auf zwei Nummern erstrecken dürfen, entspricht allerdings einem Begehren, das von einem großen Teil der Presse jetzt lebhaft vertreten wird. Aber der Antrag Heine geht doch noch darüber hinaus, denn er will gewissermaßen, daß verbotene Zeitungen nach drei Tagen das Recht haben, wieder zu erscheinen. (Abg. Heine [Soz.]: Ich will alle dauernden Verbote verhindern!) Was die Handhabung der Zensur betrifft, wird Sie eine kleine Statistik interessieren. Nach Mitteilungen aus militärischen Kreisen sind von 100 Beschwerden ein Drittel abgelehnt, ein Teil ist unerledigt, mehr als die Hälfte ist aber im Sinne der Beschwerdeführer erledigt worden. Herr Müller hat angeregt, daß wissenschaftliche Zeitschriften von der Zensur befreit bleiben sollten. Soweit es sich um wirkliche Wissenschaft handelt, halte ich das für erwägenswert. Die Zensur ist berufen, wichtige vaterländische Interessen zu vertreten und damit eine Zeit auch ihrerseits vorzubereiten, in der, wie die Zensur so jede andere Beschränkung der bürgerlichen Freiheiten durch den Frieden ihr Ende findet. (Bravo!)

Oberst Wriesberg: Wie der Kriegsminister in der Kommission, muß ich auch hier erklären, daß von seiten des Kriegspressеamts viele Fehler gemacht worden sind und daß das ganze Streben des Kriegspressеamts sein muß und sein wird, diese Fehler für die Zukunft zu vermeiden. Es ist aber ein Einwurf von links (zu den Unabhängigen) gemacht worden, den ich nicht unwidersprochen lassen kann. Diesen Ausdruck, der seine Unterlagen in der Arbeit des Kriegspressеamts findet, muß ich mit aller Tatkraft zurückweisen. (Rufe bei den Unabh. Soz.: Was denn?)

Abg. Dr. Moeller (k.): Wir sind für objektive Handhabung der Zensur, denn auch wir haben zu klagen über Einschränkungen durch die Zensur. Der Resolution des Ausschusses können wir nicht zustimmen. — Der Redner kritisiert weiter eine Reihe von einzelnen Zensurverboten. Die Presse der Rechten hat verhältnismäßig weit mehr unter der Zensur zu leiden als die der Linken. (Sehr wahr! rechts.)

Abg. Adler (natl.): Das Recht, Lohnforderungen zu stellen, darf den Arbeitern nicht genommen werden. Die Behauptung, daß die Steigerung der Löhne die Steigerung der Lebensmittelpreise hervorgerufen habe, ist ganz falsch. Die Lebensmittelpreise sind sofort bei Ausbruch des Krieges enorm gestiegen, als von einem Steigen der Arbeiterlöhne noch keine Rede war. (Sehr richtig! links.)

Abg. Mumm (D. Fr.): Aus der Rede des Kriegsministers sprach der Geist wahrer Unparteilichkeit. Die Resolution, die die Verordnung über die Veranstaltung von Lichtspielen wünscht, bitte ich abzulehnen; die Einschränkung der Lichtspiele hat günstig gewirkt.

Abg. Dittmann (Unabh. Soz.):

Polizei und Militärbehörden stellen sich in den Dienst der Unternehmer, um die gewerkschaftlichen Bestrebungen zu unterdrücken. Das Hilfsdienstgesetz wird von den Generalkommandos unterbunden, die Freizügigkeit illusorisch gemacht. Die

Einziehung mißliebiger Arbeiter zum Militär

ist in ein ganz raffiniertes System gebracht. Durch die Streikerlasse haben die Generalkommandos das Koalitionsrecht der Arbeiter völlig aufgehoben; dagegen erheben wir den entschiedensten Protest. Den Berliner Metallarbeitern ist es unmöglich gemacht, ihre Ortsverwaltung zu wählen, weil, wie Polizeirat Henniger ausdrücklich erklärt hat, der Polizeibehörde eine Aenderung der Leitung nicht erwünscht ist. (Hört! hört! bei den Unabh. Soz.) Daß mit zweierlei Maß gemessen wird, hat der Kriegsminister selbst zugegeben, indem er gestern ganz naiv sagte, wenn man die Zuverlässigkeit der Redner kenne, brauche man die Zensur nicht so scharf zu handhaben. (Sehr richtig! rechts.) Das ist eben das zweierlei Maß. Wir aber sieht die Alldeutschen sind natürlich stets zuverlässig. Wir aber sieht schon längst unter dem Ausnahmerecht, unter das der Reichskanzler Michaelis uns am Dienstag stellen wollte. In Kiel wurde dem Abg. Henke nicht gestattet, in einer Versammlung zu reden und er wurde einen Tag in Haft behalten. Gegen diese Verletzung der Immunität müßten sich sämtliche Parteien erheben. Das Königsberger Gouvernement verlangte von dem Leipziger das Verbot der „Leipziger Volkszeitung". Dieses antwortete, das ginge nicht ohne weiteres, aber man werden denselben Zweck erreichen, indem man die Redakteure zum Militär einziehe. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Unabh. Soz.) Das Leipziger Gouvernement hat zwar bestritten, eine solche Antwort gegeben zu haben, die Redakteure aber sind tatsächlich eingezogen worden. Die „Erfurter Tribüne" ist seit dem 12. Oktober verboten, es scheint, als ob man das Blatt absichtlich

ruinieren will. Das Reichsmilitärgericht behauptet, im Operationsgebiet gelte das Schutzhaftgesetz vom Dezember vorigen Jahres nicht, weil dort noch ein besonderes Kriegsrecht gelte; auch wendet es das Schutzhaftgesetz nicht auf die schon vor Erlaß des Gesetzes in Haft Befindlichen an. Rosa Luxemburg befindet sich seit anderthalb Jahren in Schutzhaft. Aber ihre Gesundheit richtet man in dieser Weise zugrunde. Der Düsseldorfer Redakteur Schotte ist seit länger als einem Jahr in Schutzhaft gehalten worden, angeblich wegen Verbreitung landesverräterischer Druckschriften. Träfe ihm eine solche Schuld in Wahrheit, so wäre längst der Reichsanwalt gegen ihn vorgegangen. Als das Verfahren sich gar nicht mehr hinausschieben ließ und man mit der sicheren Freisprechung rechnen mußte, entließ man ihn aus der Schutzhaft, verfügte aber seine Einziehung zum Militär. (Lebh. Hört, hört!) Dabei ist der Mann durch die lange Einzelhaft seelisch und körperlich vollkommen ruiniert. Den Prälaten Kannegießer hat man wegen Spionageverdachts in Schutzhaft genommen, er sollte von seinem Schloß aus Leuchtsignale gegeben haben. Der Verdacht stellte sich als grundlos heraus, aber das Schloß wurde dem Erdboden gleich gemacht, dem Prälaten selbst sein Zwangsdomizil aufgenötigt. Man hat uns auf die englischen Bestimmungen hingewiesen. Aber das Entscheidende ist, wie sie gehandhabt werden. Lehnt der Reichstag unseren Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes wiederum ab, so wird die Reaktion nur um so dreister ihr Haupt erheben. Aber die Erbitterung im Volke wird dadurch auch ins maßlose gesteigert werden. Sie treiben das Land durch diese Politik im Innern direkt einer Katastrophe entgegen. (Lebhafter Beifall bei den Unabh. Soz.)

Oberst **Wriesberg**: In der Sache des Verbots der Berliner Metallarbeiter-Versammlung habe ich keine unrichtige Angabe gemacht; das Verbot ist erst nachträglich erfolgt. Der Vorredner sagte, die Wünsche des Reichstags seien für die Heeresverwaltung Luft. In den letzten Wochen sind allein 251 Leute aus der Schutzhaft entlassen. — Ist das Luft? (Abg. **Ledebour**: Wieviel haben Sie in Haft?) Die Zahl ist wirklich nicht groß, ich habe sie im Augenblick nicht hier. In dem Falle des Abg. Levêque bedauere ich sagen zu müssen, daß ihm die Rückreise noch nicht gestattet werden kann, aber es steht ihm jetzt das Recht zu, sich an das Reichsmilitärgericht zu wenden, was bisher ausgeschlossen war.

Abg. Hauß (Els.): Hunderte unserer Mitbürger harren noch der Erlösung. Darunter mögen einzelne sein, die festgehalten werden, weil sie im Frieden Spionage getrieben haben. Aber viele sind offenbar Opfer beklagenswerter Irrtümer. Dazu gehören gerade die krassesten Fälle, die Anlaß gegeben haben zum Schutzhaftgesetz. Die Beschwerde an das Reichsmilitärgericht muß in allen solchen Fällen zulässig sein. Ehrenmänner sind von niederträchtigen Schurken verleumdet und darauf hin in Schutzhaft genommen worden; darunter ein 70jähriger Pfarrer. (Hört, hört!) In Metz hat ein später wegen Spionage zum Tode Verurteilter 80 Lothringer Bürger denunziert. Seine Opfer sind trotz seiner späteren Entlarvung heute noch in Schutzhaft. (Hört, hört!) Ueber 2000 Elsaß-Lothringer sind im Laufe des Krieges in Schutzhaft genommen.

Oberst v. **Wriesberg**: Als das Gesetz gemacht wurde, wurde ihm rückwirkende Kraft nicht erteilt. Wenn das jetzt geschehen soll, haben wir nichts dagegen, aber vorläufig besteht die rückwirkende Kraft noch nicht.

(Fortsetzung im Hauptblatt.)

Stadt-Chronik.

Verwilderung im Lebensmittelhandel.

Zu welchen Zuständen es unter dem allgemeinen Mangel an Lebensmitteln gekommen ist, zeigt ein Preisverzeichnis, das die für die Kriegsindustrie arbeitende Firma Höntsch u. Co. in Niedersedlitz für ihre Beamten, Angestellten und Arbeiter anfertigen ließ. Dieses Verzeichnis, das uns auf den Tisch geflogen ist, bringt Waren in Empfehlung, die sich ein gewöhnlicher Sterblicher längst nicht mehr verschaffen kann, allerdings zu Preisen, die eigentlich nur bessere Kriegsgewinnler bezahlen können. Wir lassen das Schriftstück hier im Auszuge folgen. Es werden angeboten: Weizenmehl, Pfund 2,90 M., Weizenmehl, Kaiserauszug, Pfund 3 M., Maismehl, Pfund 2,50 M., Grütze, Pfund 2,70 M., Schmierseife (weiße), Pfund 1,50 M., Fleischextrakt, Dose 2,85 M., Futterstockrüben, Pfund 1,70 M., Tabak, Paket 3 M., Pfeffer, Tüte (1/8 Pfund) 3,75 M., Ochsenmaulsalat, ein halbes Pfund 1,50 M., Oelsardinen, Dose 1,60 M., Magermilch, Dose 1 M., kondens. Milch (eingezuckert), Dose 3,50 M., Kleine Heringe, Pfund 1,05 M., Kernseife (100 Gramm), Stück 3,15 M., Glyzerinseife, Stück 1,60 M., Toilettenseifen, Stück 3,70, 3,60, 3,55, 2,55, 4,90, 3,50, 2,85 M., Harzkernseife, Stück 2,85 M., Mandelseife, Stück 2,85 M., Kaffee-Extrakt, ½ Pfund 2,85 M., Schinken, Pfund 12 M., Rauchschinken, Pfund 11,50 M., Krakauer Dauerwurst, Pfund 8 M., Edamer Käse, Pfund 4,90 M., Tilsiter Käse, Pfund 1,80 M., Kartoffeln, Zentner 12 M. (im Juli kosteten sie 24,50 M. und im August 12,50 M.), Möhren, Zentner 18 M., Kraut, Zentner 13 M.

Alle diese Waren gelangen natürlich auf Schleichwegen in die Hände der Verkäufer und werden der allgemeinen Rationierung entzogen. Gekauft werden sie trotz der wahnsinnig hohen Preise wohl meist von den besserbezahlten Beamten und Angestellten der Firma, es wird vielleicht sogar noch Handel damit getrieben, aber auch mancher Arbeiter wird in der Not von den Angeboten Gebrauch machen, und sollte er sogar seine Spargroschen dazu verwenden müssen. Von seinem Verdienst allein, und sollte er auch bedeutend erhöht sein, kann er diese Preise auf die Dauer nicht erschwingen.

Amtliche Agitation für die Vaterlandspartei.

Welche Mittel und Wege die neue Partei mit dem irreführenden Titel, sie müßte Kriegspartei heißen, anwendet, um ihre Schafe in die Hürden zu treiben, zeigt jeder Blick in die sozialdemokratische Presse. In Fabriken und anderen Großbetrieben wird auf Beamte und Arbeiter der bekannte gelinde Zwang ohne alle Gewissensskrupel angewendet. Sogar amtliche Stellen scheuen nicht davor zurück, ihren schwer belasteten Apparat noch in den Dienst der Kriegsverlängerer zu stellen. Im Coseler Stadtblatt steht in Nr. 77 folgende Bekanntmachung: „Schlesischer Aufruf gegen die Reichstagsmehrheit! Weg mit dem Parteigeist! Der Aufruf liegt im Polizeiamt usw. zur Einzeichnung öffentlich aus. Cosel, den 25. September 1917. Der Magistrat."

Wir brauchen weitere Beispiele nicht weit herzuholen. Der Dresdner Anzeiger, offizielles Amtsblatt der Kgl. Amtshauptmannschaften Pirna, Dresden-Neustadt und Meißen, des Kgl. Land- und Amtsgerichts, der Kgl. Polizeidirektion und des Rates zu Dresden sowie des Gemeindevorstandes und des Gemeinderats zu Blasewitz, bringt innerhalb der amtlichen Bekanntmachungen den Aufruf zur Mitgliedschaft des Ortsvereins Blasewitz der Deutschen Vaterlandspartei.

Der Rat, der von allen Parteien der Stadt bestellt ist, sollte doch füglich über den Parteien stehen und sollte sich deshalb nicht an der Hetze gegen die Mehrheit des Reichstags, für die sich die Regierung erklärt hat, beteiligen.

Köpenickiaden.

Den Umstand, daß es viele Leute gibt, die der Uniform unbegrenzte Hochachtung entgegenbringen, machte sich der 1894 in Wilsdruff geborene Techniker Paul Gustav Teller zu Nutzen. Der Angeklagte ist im Jahre 1914 freiwillig mit in den Krieg gezogen und wurde 1916 durch einen Schuß ins Bein verwundet. Es wurde ihm das Bein abgenommen. Als Kriegsinvalid ist er mit einer Rente von 69 M. monatlich und einem künstlichen Bein entlassen worden. Beim Militär hatte er es bis zum Unteroffizier gebracht. Jetzt hat er sich wegen Urkundenfälschung und Betrug in zehn Fällen zu verantworten. Meist trat er als Offizierstellvertreter auf und spiegelte den Leuten das Verschiedenste vor. Einer Dame schwindelte er gegen 1000 M. ab, damit er sich zum Offiziersexamen vorbereiten könne (mit einem künstlichen Bein!) In einem andern Falle lieh er sich Geld zum Studium an der Technischen Hochschule. In weiteren Fällen brauchte er angeblich das Geld zur Ausstaffierung als Offizier, als Ausrüstung eines chemischen Laboratoriums, Anschaffung von Büchern und Vorbereitung zum Examen. Bei einem Schneider ließ er sich die vollständige Offiziersausrüstung im Werte von 1285 M. anfertigen. Der Schneider konnte ihm die Militär- und Zivilgarderobe zum Teil wieder wegnehmen, ist aber immer noch um 560 M. geschädigt. Einem Instrumentenhändler „kaufte" er ein Piano für 1000 Mark ab, das er sofort an einen Möbelhändler für 350 M. verkaufte. Zwei Tage später suchte er für einen Freund bei demselben Händler ein Instrument für 350 M. heraus und brachte das Instrument zu einem andern Händler, dem er es für 250 M. verkaufte. Der Käufer schöpfte aber Verdacht, gab einstweilen nur 10 M. Vorschuß und bestellte T. den nächsten Tag zu sich. Hier wurde er verhaftet.

Vorher hatte er einem Kaufmann vorgeschwindelt, er wäre Unternehmer für Tiefbau und hätte eine große Wasserleitungsanlage herzustellen. Zu den Auslagen lieh er sich 1000 M. Unter demselben Vorgeben knöpfte er einem Kohlenhändler in mehreren Posten 1080 M. ab. Dessen Sohn ist ein begüterter Kaufmann. Unter Vorlegung eines gefälschten Schriftwechsels mit einem Baron, worin T. von dem Baron 1000 Festmeter Rollenholz, Meter zu 20 M., gekauft habe, bewog T. den Kaufmann zum Kauf des Holzes. T. erhielt als Anzahlung sofort 1000 M. Als er weitere 6000 M. haben wollte, ließ der Käufer Nachforschungen anstellen und der Schwindel wurde aufgedeckt. Fast in allen Fällen legte T. gefälschte Briefe, Quittungen und andere Schriftstücke vor, um seinen mündlichen Angaben außer der Uniform noch den nötigen Nachdruck zu verleihen. Die Summe der tatsächlich erlangten Gelder übersteigt in der Zeit von Juli 1916 bis April 1917 weit 10000 M. Bei dem mehrfachen Betrage ist es nur im Stadium des Versuchs geblieben.

Der Staatsanwalt beantragte strenge Bestrafung, da hier keine Notlage vorhanden gewesen sei. Das Gericht verurteilte den geständigen Angeklagten zu vier Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust. Man hatte mildernde Umstände angenommen, da der Angeklagte im Dienst fürs Vaterland verstümmelt worden ist; erschwerend kam aber in Betracht, daß T. sehr dreist zu Werke gegangen und sich zu einem Hochstapler ausgebildet habe, dessen Treiben gemeingefährlich wirke.

Von den Diebereien im König-Albert-Hafen.

Der Gasthofsbesitzer Karl August Seifert in Uebigau hat in den Jahren 1915 bis 1917 viele Zentner Getreide und Kaffee gekauft, trotzdem er wußte, daß die Waren von den Verkäufern gestohlen worden sind. Nach Aussage des als Zeuge anwesenden Kriminalbeamten ist es bekannt, daß von den Transportkähnen im Alberthafen stets viel gestohlen wird. Die Diebe waren nie zu fassen, deshalb versuchte die Polizei, die Hehlernester auszuheben. Aber auch dies war sehr schwer, da die Beteiligten mit großer Vorsicht zu Werke gingen. Eines Morgens wurde mitgeteilt, daß ein kleiner Kahn mit Säcken über die Elbe gegangen und die Ware im Gasthof Uebigau geborgen worden sei. Eine sofortige Haussuchung förderte 17 Säcke mit rumänischem Weizen und einen Sack mit 71 Pfund Kaffee zutage. Zur Zeit wurden gerade mehrere Kähne rumänischer Weizen im Hafen entladen. Der Angeklagte gab damals und auch in der Verhandlung an, das Getreide seien zusammengekehrte Körner, die von den Schiffern mit Recht verkauft würden. Die Leute, von denen er gekauft, kenne er nicht. Er wisse aber, daß sie das zusammengekehrte Getreide verkaufen dürften. Der Kaffee sei noch ein Rest gewesen von einem Posten, den er vor einigen Jahren in Hamburg gekauft habe, von wem — wisse er nicht mehr. Vom Polizeibeamten wurde mitgeteilt, daß die Ehefrau des Angeklagten bei der Haussuchung ganz bestürzt gewesen sei und äußerte: „Ich habe es meinem Mann schon immer gesagt, er solle die Sache mit den Schiffern lassen." Weiter wurde auch noch festgestellt, daß Seifert im Jahre 1915 411 Pfund und 1916 115 Pfund Kaffee hat brennen lassen, also zu Zeiten, wo der Kaffee längst beschlagnahmt war. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen gewerbsmäßiger Hehlerei zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß der Angeklagte ganze Diebesbanden förmlich gezüchtet und damit gemeingefährlich gewirkt habe.

87

Ekkehard.

Von Viktor Scheffel.

(Nachdruck verboten.)

Zum Schluß aber rief er, was Judas, der Makkabäer, zu seinem Volke gerufen, da sie bei Emaus ihr Lager schlugen wider des Antiochus Heer: „Umgürtet euch drum und seid tapfere Männer und seid bereit, gegen den Morgen früh wider die Völker zu streiten, die heranziehen, unser Heiligtum auszutilgen, denn es ist uns besser, im Streit umzukommen, als das Elend sehen an unserm Heiligtum — Amen!"

Eines Augenblicks Länge blieb es still, wie er geendet; dann hob sich ein Klirren und Klingen, sie schlugen Schwert und Schild aneinand, hoben die Speere hoch und schwenkten die Feldzeichen — alte Sitte freudiger Zustimmung. „Amen!" scholl es tönend durch die Reihen, dann neigten sie die Knie, das Hochamt ging zu Ende; schauerlich klangen die hölzernen Klapern statt des üblichen Glockentones zur Feier. Wer sich noch nicht in österlicher Andacht mit dem Leib des Herrn gestärkt, trat vor zum Altar, ihn zu empfangen. Da rief es vom Turm: „Waffen! Waffen! Feindio! — Vom See kommt es schwarz herangezogen, Roß und Reiter, Feindio!" — itzt war kein Halt mehr und keine Ruhe, sie stürmten nach dem Tor, wie vom Geist getrieben; kaum mochte Wazmann den Segen erteilen.

Schlachtfroh rücken sie aus dem Hofe, in jedem Herzen jene Mark und Fibern schwellende Spannung, daß es einem großen Augenblick entgegengehe. Und waren der Mönche von Sankt Gallen vierundsechzig, derer von Reichenau neunzig und an Heerbannleuten mehr denn fünfhundert. Beim Feldzeichen der Sankt Gallischen Brüder schritt Ekkehard; es war ein florverhüllt Kruzifix mit schwarzen Wimpeln, da des Klosters Banner zurückgeblieben. Auf dem Söller der Burg stand die Herzogin und ließ ein weißes Tuch in die Lüfte wehen, Ekkehard wandte sich nach ihr, aber ihr Blick mied den seinen und der Abschiedsgruß galt nicht ihm.

Ans untere Burgtor hatten dienende Brüder den Sarg mit des heiligen Markus Gebein getragen. Wer immer vorüberschritt, berührte ihn mit Schwert und Lanzenspitze, dann ging's schweren Tritts den Burgweg hinab.

In der weiten Ebene, die sich nach dem See hinstreckt, ordnete Simon Bardo die Scharen seiner Streiter. Hei! wie wohlig war's dem alten Feldhauptmann, daß statt der Kutte wieder der gewohnte Panzer sich um die narbenbedeckte Brust schmiegte. In fremdartig geformter, spitz zugehender Stahlkappe kam er geritten, sein breiter, edelsteingeschmückter Gürtel und der güldene Knauf des Schwertes zeigten den ehemaligen Heerführer.

„Ihr leset die Alten der Grammatica halber," hatte er zu den Aebten gesagt, die hoch zu Roß bei ihm hielten, „ich hab' mein Handwerk von ihnen gelernt. Mit Frontinus' und deren guten Ratschlägen läßt sich noch heutigen Tags was ausrichten. Für den Anfang soll's heut mit der Schlachtordnung der römischen Legionen erprobt sein, dabei läßt sich am besten abwarten, wie sich der Feind zu erkennen gibt. Wir können dann noch immer tun, wie wir wollen, die Sache geht nicht in einer halben Stunde zu End'."

Er hieß die leichte Mannschaft der Bogenschützen und Schleuderer vorausrücken; sie sollten den Waldsaum besetzen, vom Tannendickicht gegen Reiterangriff geschützt. „Zielt nieder!" sprach er, „wenn ihr auch statt des Mannes das Roß trefft, 's ist immer etwas!"

Beim Klang der Waldhörner schwärmte die Schar vorwärts, noch war kein Feind zu sehen.

Die Männer des Aufgebots ordnete er in zwei Heersäulen; dichtgeschlossen, den Speer gefällt und langsam rückten sie vor, von der vorderen Säule zur zweiten ein Abstand weniger Schritte. Der von Randegg und der dürre Fridinger führten sie.

Die Mönche hieß er zu einem Haufen zusammentreten und stellte sie in die Rückhut.

„Warum das?" fragte der Abt Wazmann; er kränkte sich, daß ihnen nicht die Ehre des vordersten Angriffs zugeteilt ward.

Da lächelte der Kriegserfahrene. „Das sind meine Triarier," sprach er, „nicht, weil altgediente Soldaten, wohl aber, weil sie um Rückkehr ins warme Nest streiten. Von Haus und Hof und Bett verjagt sein, macht die Hiebe am schwersten und die Stiche am tiefsten. Habt keine Sorge, die Wucht des Streites kommt noch früh genug an die Mannschaft des heiligen Benediktus!"

Die Hunnen hatten bei Tagesgrauen das Reichenauer Kloster geräumt. Die Vorräte waren aufgezehrt, der Wein getrunken, die Kirche geplündert: ihr Tagewerk war getan. Auf Heribalds Stirn ward manche Runzel glatt, wie der letzte Reiter dem Tor entritt. Er warf ihnen ein Goldstück nach, das ihm der Mann von Ellwangen im Vertrauen zugesteckt. „Landsmann," hatte Snewelin zu ihm gesagt, „wenn du hörst, daß mir ein Unglück zugestoßen ist, so laß ein Dutzend Messen für meine arme Seel' lesen. Ich hab's immer gut gemeint mit euch und eurem Wesen, und daß ich unter die Heiden geraten bin, geschah mir, ich weiß selber nicht wie. Der Ellwanger Boden ist leider zu rauh, als daß Heilige darauf erwachsen können."

Aber Heribald wollte nichts von ihm wissen. Im Garten schaufelte er Knochen und Asche der Verbrannten und ihrer Rosse zusammen und streute sie in den See, während die Hunnen noch drüben einherzogen. Kein Staub von einem Heiden soll auf der Insel bleiben, sprach er. Dann ging er in den Klosterhof und schaute sich tiefsinnig den Platz an, wo er gestern zum Tanz gezwungen wurde.

Der Hunnen Ritt ging durch den dunklen Tannwald dem Hohentwiel entgegen. Aber wie sie sorglos dahintrabten, prallte da und dort ein Roß auf; Pfeile und Schleuderkugeln, von unsichtbaren Schützen geschossen, fuhren in den Schwarm. Der Vortrab wollte stutzig werden. „Was kümmert euch der Mückenstich?" rief Ellak und spornte sein Roß, „vorwärts, die Ebene ist das Feld der Reiterschlacht!" Ein Dutzend seiner Leute hieß er mit dem Troß zurückbleiben zum Geplänkel mit denen im Wald. Die Erde dröhnte vom Hufschlag der vorwärts sausenden Horde; im Blachfeld breitet sich der Schwarm und sprengte mit Geheul auf den anrückenden Heerbann. Weit voraus ritt Ellak mit dem hunnischen Bannerträger, der schwenkte die grünrote Fahne über ihm, er aber hob sich hoch im Sattel und tat einen wilden Schrei und schoß den ersten Pfeilschuß ab, auf daß der Kampf nach altem Brauch eröffnet sei. Es begann das Morden der Feldschlacht. Aber wenig frommte es den schwäbischen Kriegern, daß sie unerschütterlich stand hielten, ein starrender Lanzenwald: war der Reiter Angriff abgeprallt, so kam aus der Ferne ein Pfeilregen geschwirrt; halb aufgerichtet im Bügel standen die Hunnen im Rossestrab, den Zaum über des Gaules Nacken geworfen, zielten sie, der Schuß traf.

Andere schwärmten von der Seite ein — weh dem Gefallenen, den seine Brüder nicht in die Mitte nahmen.

Da gedachten die Leichtbewaffneten vom Walde den Hunnen in den Rücken zu brechen. Hörnerruf rief sie zur Sammlung, sie rückten vor — aber mit eines Gedankens Schnelle waren die feindlichen Rosse gewendet, Pfeilregen prasselte in die Anrückenden, sie stutzten, wenige Schritte noch weiter, auch sie wurden geworfen, nur Audifax marschierte vorwärts, die Pfeile zischten um ihn, er schaute nicht auf und nicht zurück, er blies die Sackpfeife zum Angriff, wie es seines Amtes war; so kam er mitten ins Gewühl der feindlichen Reiter.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19171012/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Kohlenverbrauch im Oktober. Den Dresdner Haushaltungen werden die am 1. September 1917 vorhandenen [illegible] Vorräte an Steinkohlen und Braunkohlen aller Art, Koks, Industriebrikette, Hausbrand- und Steinkohlenbrikette bei den späteren Kohlenkartenausgaben angerechnet. Bis auf weiteres dürfen sämtliche Dresdner Haushaltungen im Oktober nur soviel Kohlen, Koks oder Brikette verfeuern, als nach Maßgabe der ausgegebenen Kohlengrundkarten in diesem Monat auf den einzelnen Haushalt entfallen, das sind 2½ Hektoliter Kohlen (Braun-, Steinkohlen, Industriebrikette) oder 2½ Hektoliter Koks oder 375 Stück Hausbrandbrikette oder 125 Stück Steinkohlenbrikette. Der Verbrauch von Anthrazit und die Befeuerung von Zentralheizungen in Haushaltungen ist bis auf weiteres überhaupt verboten. Ausnahmen, z. B. in nachgewiesenen Krankheitsfällen, bedürfen der Genehmigung des Kohlenamtes. Zuwiderhandlungen werden bestraft. Darüber und über den Kohlenbezug von auswärts näheres in der Bekanntmachung.

Nur ein Fleischgericht! Nach der Bundesratsverordnung vom 31. Mai 1916 darf in Restaurationen jedem Gaste zu einer Mahlzeit nur ein Fleischgericht verabfolgt werden. Von manchen Gastwirten wird diese Bestimmung dahin ausgelegt, daß sie sich lediglich auf solche Fleischspeisen bezieht, die dem Fleischkartenzwang unterliegen. Diese Annahme ist unrichtig. Nach einer Mitteilung des Kriegswucheramtes gehören unter diejenigen Fleischgerichte, von denen nicht mehr als eins auf der Speisekarte aufgeführt und nicht mehr als eine an jeden Gast abgegeben werden dürfen, auch das Fleisch von [illegible] Geflügel, wie Enten und Gänsen, sowie das gegenwärtig markenfrei verkaufte Fleisch von Spanferkeln.

Zur Vorsicht bei Aufnahme von Ersatzmitteln werden die Groß- und Kleinhändler gemahnt: Sie sollten, wie es in einer halbamtlichen Mitteilung heißt, vor Aufnahme irgendwelcher Erzeugnisse es stets zur Bedingung machen, daß die Qualität derjenigen entspricht, welche von der Ersatzmittelstelle für das Königreich Sachsen genehmigt ist. Mehrfach haben wegen Qualitätsabweichungen frühere Genehmigungen zurückgezogen werden. Bei Aufnahme von Ersatzwaschmitteln empfiehlt sich derzeit um so mehr Zurückhaltung, als auf Grund der neuen Richtlinien, die fortan als für das ganze Deutsche Reich gültig aufgestellt sind, zahlreiche der früher zulässigen Mittel demnächst verboten werden dürften.

Zentrale für Berufsberatung. Eltern und Vormünder sollten sich beizeiten um ein Unterkommen für die zu Ostern die Schule verlassenden Kinder kümmern. Allerlei Auskunft, Rat und Hilfe bei Vermittlung leistet die Zentrale, Marienstraße 22. Sprechstunden Montag, Mittwoch, Freitag von 3 bis 5 Uhr, Donnerstag und Sonnabend von 5 bis 7 Uhr. Vorteilhaft ist es, wenn die Kinder mit ihren Angehörigen zusammen erscheinen und das letzte Schulzeugnis, auch ein Urteil des Lehrers, mitbringen. Die Auskunft erfolgt kostenlos.

Aus der Umgebung.

Tölzschen. Sonnabend von 8½ bis 11 Uhr gelangt im Winklerschen Gutsgehöft Kleie für Viehhalter zur Verteilung. Zur selben Zeit werden Kohlen im Pfeifferschen Gutsgehöft ausgegeben.

Briesnitz. Sonnabend den 13. Oktober, nachmittags von 2 bis 5 Uhr, werden im Gemeindeamt Aepfel und Birnen, soweit der Vorrat reicht, abgegeben. Es erhalten auf Bezugsschein die Person 1 Pfund, der Haushalt jedoch nur bis 4 Pfund. Preis pro Pfund 30 und 35 Pf. Haushaltungen, welche selbst Obst ernten, sind von der Belieferung ausgeschlossen. — Dienstag den 16. Oktober wird die Ausgabe der Kartoffeln im zentnerweisen Bezug nachmittags von 2 bis 5 Uhr wiederholt. Zur Ausgabe kommen weiter: Nudeln (Gemüsekiste), pro Kopf 120 Gramm, gleich 13 Pf., Käse auf Käsekarte, pro Kopf 160 Gramm, gleich 60 Pf. (nichtschulpflichtige Kinder sind von der Belieferung ausgeschlossen), Quark, pro Kopf 125 Gramm; in den Geschäften von: Birnich, Eigenheim, Tietze, Weißtropper Straße, Heyer, Schwenke, Meißner Straße, wird Puddingpulver, in den Geschäften von: Weigel, Heinrich, Lorenz, Griese, werden Kuchenbrühwürfel abgegeben. Geräucherter Klippfisch ist in allen Geschäften erhältlich.

Kemnitz. Im Anschluß an die Bekanntmachung vom 7. September wird hiermit bekanntgegeben, daß bei der diesmaligen Verteilung des markenfreien Brennspiritus die Bewohner der Hohe- und Aschenegrundstraße Berücksichtigung finden, und zwar erhält jede Haushaltung der genannten Straßen, soweit sie nicht den billigen Brennspiritus bezogen hat, eine Flasche. Die Bezugsmarken werden am Sonnabend den 13. Oktober, vormittags, im Gemeindeamt, Zimmer 4, ausgegeben. Der Spiritus ist bei Frau Johne, hier, zu entnehmen. — Die in den Geschäften angemeldeten Grießkarten werden Sonnabend den 13. Oktober beliefert, und zwar mit ¼ Pfund zu 14 Pf. — Sonnabend den 13. Oktober werden auf die 42. Woche, 14. bis 20. Oktober, auf Stickes Gut Kartoffeln ausgegeben. Jeder Kopf erhält sieben Pfund. Schwerarbeitern wird außerdem noch eine Zulage von fünf Pfund gewährt. Das Pfund kostet 9 Pf. Ausgabezeiten: 8 bis 10 Uhr für die Bahn- und Querstraße, 10 bis 12 Uhr für die Meißner und Dresdner Straße, nachmittags von ½2 bis 4 Uhr für die übrigen Straßen. Lebensmittelkartenabschnitt 32 ist abzugeben.

Stetzsch. Der Gemeinde ist für Heimarbeiter und Landwirtschaft, in dringenden Fällen aber auch für den Privatverbrauch, eine kleine Menge Petroleum zugewiesen worden. Bezugskarten werden im Zimmer Nr. 2 des Gemeindeamtes ausgegeben. Das Petroleum ist nur Dienstag in der Drogerie von Wolf erhältlich und auch dortselbst mit 30 Pf. pro Liter zu bezahlen. — Vorzugskarten auf Brennspiritus für die minderbemittelte Bevölkerung werden Sonnabend den 13. Oktober, vormittags von 8 bis 12 Uhr, im Zimmer 4 des Gemeindeamtes ausgegeben. Berücksichtigung finden in erster Linie Haushaltungen, in denen kleine Kinder bis zu einem Jahr und kranke Personen vorhanden sind, und zwar werden die Kontrollnummern 2, 7, 17, 20, 24, 56, 62, 63, 102, 175, 181, 186, 204, 207, 217, 223, 224, 225, 262, 264, 283, 318, 322, 330, 342, 358, 362, 378, 379, 393, 394, 401, 405, 427, 430, 432, 437, 443, 460, 461, 475, 509, 515, 541, 542, 545, 561, 567, 573, 587, 590, 605, 628, 632, 714, 722 beliefert.

Konzerte.

Das Philharmonische Orchester führte gestern in seinem zweiten Volks-Sinfoniekonzert ein im Zeichen Beethoven stehendes mustergültiges Programm aus. Des Meisters in den letzten Jahren fast außer Kurswerte geratene II. Sinfonie eröffnete den Abend. Wie erfreuen ihre natürlich quellenden Klänge das Herz, und wie labt sich der Sinn an den zwischen den Glanz der Tutti gestellten zarten Innerlichkeiten der Holzbläser! Der Sinfonie folgte das Klavierkonzert in G-Dur. Ein Wunderwerk ohnegleichen. Sein poetischer Gehalt, meine ich, kann wie Leuchtraketen die Dunkelnis betrübter Gemüter erhellen. Johanna Thamm spielte den Solopart voller Anmut mit gediegenem pianistischen Können. Das so gut wie ausverkaufte Haus spendete lauten, herzlichen Beifall. Das Orchester löste hierbei seine Aufgabe unter Florenz Werners grundsicherer Führung mit anerkennenswertem Gelingen. Mit der II. Leonoren-Ouvertüre, der manche Musiker, sofern sie nicht ausschließlich Dirigent sind, den Vorzug vor der III. geben, schloß das Sinfoniekonzert.

P. B.

Dresdner Kalender.

Theater am 13. Oktober. Opernhaus: Hoffmanns Erzählungen (7½). — Schauspielhaus: Datterich (7½). — Albert-Theater: Die Braut von Messina (3 und 7½). — Residenz-Theater: Die tolle Komteß (8). — Zentral-Theater: Die Zofe Sr. Majestät (8).

5. Klasse der 171. Kgl. Sächs. Landeslotterie.

8. Ziehungstag Donnerstag den 11. Oktober. (Ohne Gewähr.)

100 000 M. auf Nr. 103337 (Max Borstel, Leipzig).

50 000 M. auf Nr. 104746 (Paul Lippold, Leipzig).

15 000 M. auf Nr. 24330 (Kirst & Comp., Großenhain, und Heinrich Walter, Leisnig).

5000 M. auf Nr. 34452 (Heinrich Schäfer, Leipzig).

3000 M. auf Nr. 2011 5905 6127 8846 29129 30810 33364 33483 34920 38549 42273 44670 45078 47278 51436 56658 80698 85100 89178 93965 102113.

2000 M. auf Nr. 8782 5634 11737 16465 16714 23850 24783 32116 32669 43306 44977 46593 60778 66887 71754 74044 76427 79073 96541 96812 106736 108095.

1000 M. auf Nr. 259 1526 3661 5764 4997 5108 6054 11990 11653 24014 23899 25497 31665 34220 38530 39732 41041 46142 53059 56776 56944 57061 58548 64651 66245 66282 67661 67686 71058 78678 78108 81924 84203 84697 86377 87818 88323 89258 90270 90521 96079 94407 100532 104740 105229 105859 107062.

500 M. auf Nr. 1500 2221 2500 5653 6881 8620 13837 20866 21178 22520 22530 23008 29004 32203 37029 39122 40228 42236 44507 45883 45956 45913 49587 50583 51624 53494 55918 67831 74672 74581 77084 79672 81407 86500 89273 89981 91142 93924 95025 100062 100720 105256 105490.

Mäntel

von 35.00 bis 690.00

[S 220

Einige Beispiele:

Sportjacke, 85 cm lang, in einfarbigen und karierten Stoffen, mit Rückengarnitur und Samtknöpfen garniert 35.00

Mäntel, 100–105 cm lang, in braun, bleu, lila, grün, auch karierte Stoffe, offen und geschlossen zu tragen, teils lose Glockenform, teils mit großem Rundkragen . . . . 59.00 bis 45.00

Mäntel, 105 cm lang, prachtvolle Diagonalstoffe, flauschartig, in marine, lila, grün buche, mit großem Pelzkragen 79.00

Mantelkleid, sehr fesch, vorzügliche Winterstoffe, [illegible] und braun, teils mit gro[illegible] [illegible]besatz . 128.00 bis 105.00

Die herannahende kalte Jahreszeit erinnert daran, sich mit warmer Kleidung zu versehen.

Der Mantel

spielt für Herbst und Winter unbedingt eine große Rolle; trotz großer Warenknappheit zählt unsere Auswahl in diesem Artikel nach Tausenden

Damenputz u. Pelzwaren

in sehenswerter Auswahl, wunderbarem Geschmack und elegantesten Formen.

Alsberg

Wilsdruffer Straße 6, 8, 10.

Teleph. 14 380 [A 14] Linien 5 u. 7

Täglich Tymians Thalia Theater Görlitzer Str. 6 Anfang 8 Uhr Sonnt. 2 Vorstell.

Nachm. 4 Uhr kl. Preise. Kind Hälfte! Donnerst. Damenkaffee!

Vorzugskarten wochentags u. Sonntags nachm. gültig.

Kartoffelzentnerkarten

werden noch angenommen. [W 46

P. Lindner, Hellerschenke, Radeburger Straße 22.

Kostenloser Sonderkursus für Kriegsverletzte. [S 116

Rackows Handels- und Sprachschule errichtet am 15. Oktober für so die Kriegsbeschädigte, die eine kaufmännische Lehre durchgemacht haben, oder schon im Handel praktisch tätig waren, einen Kursus zur Auffrischung und Erweiterung ihrer Kenntnisse und Fertigkeiten in Handelsfächern. Die Teilnahme ist auch Kriegsverletzten gestattet, die nicht Angehörige des Handelsstandes sind, aber eine höhere Schulbildung besitzen (mindestens Berechtigungsschein zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst). Fächer: Buchhaltung (italienisch-amerikanisches Bilanzwesen), Briefwechsel, kaufmännisches Rechnen, Wechsel- u. Scheckkunde, Stenographie für Anfänger und Vorgeschrittene. Auf Wunsch Maschineschreiben. Einiges aus Volkswirtschaftslehre, Bank- u. Börsenwesen, Handels-, Gewerbe- und Arbeiterversicherungsrecht. Unterrichtszeit: Nachmittags 3–6 Uhr. Dauer: 4 Monate. Schullokal: Albertplatz 10. Auch die Lehrbücher usw. werden von der Rackowschen Schule kostenlos geboten. Anmeldungen nimmt entgegen die Schulleitung, Altmarkt 15, und die Berufsberatung des „Heimatdank“, Neues Rathaus, Zimmer 328.

Buchbinder-Gehilfen, auch Kriegsverletzte stellt sofort ein [S 11

Großbuchbinderei Carl Anton Müller, Winckelmannstr. 9.

Anlegerin für die Bogenfalzmaschine als auch **Handfalzerinnen** sucht in dauernde Beschäftigung

Grossbuchbinderei **Carl Anton Müller,** Winckelmannstr. 9.

Samuel, der Suchende.

Roman von Sinclair. Statt 3 M. 1.50 M. **Volksbuchhandlung.**

Einkauf u. Tausch von Musikinstr. all. Art, a. v. defekt. **Otto Friebel** Ziegelstraße **13.** A 15

Sanitärer Bedarf für Kranken- und Wochenpflege. **Frau Heusinger** Am See 37 [S 10

Dauerwäsche Friedensqualität [illegible] **Gummi-Freisleben** am Postplatz und Wallstr. 4

Postkarten nach Photographie Dtzd. v. 2,50 M. an liefert **Richard Jähnig,** Marienstraße 12 **Vergrößerungen.** [S 12

Zeitungspapier, Kilo 12 ₰ Zeitschr. Kilo 10 ₰ kauft jed. Post. **Wilde,** Pirnaische Straße 10. II. und Försterestr. 8, Hths. I. [S 800

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, Briesnitz.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Max Gabler, Dresden-Striesen.
Druck und Verlag: Kaden & Komp., Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19171012/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

SARRASANI

Sonnabend d. 13 Oktober
Gr. Jubiläums- **75.** Festvorstellung
Zum Male:

Rund um den Zwinger

Ein Triumph des Humors in ernster Zeit!
Ein Sieg des Lachens! [S 59

Hierzu: Das neue Circus-Programm
Assad. der Dünnemacher — Hedi Hilwa, Okarinavirtuosin
Der verrückte Automat — Der kleine Max

Anfang 7½ Uhr	Vorverkauf im Warenhaus Herzfeld	Mittwoch Sonnabend Sonntag	auch nachmittags 3½ Uhr

Sarrasani-Trocadero Zehn der besten Vertreter der heiteren Muse.

[S 173

Colosseum-Theater
Freiberger-Pl. 20

Ab Freitag mit Erstaufführungsrecht:
Das 17. Abenteuer des berühmten Detektivs

Stuart Webbs
Das treibende Floss.

5 Akte

Stuart Webbs: Ernst Reicher.

Prinzeß-Theater
Lichtspiele
Pragerstr. 52

U-Boote gegen England
oder
Der magische Gürtel

Der überall mit beispiellosem Erfolg vorgeführte Film bildet ein unsterbliches geschichtliches Dokument unseres Entscheidungskampfes gegen England.

Ausserdem **der glänzende Kunstfilm**

Die Hochzeit der Cassilda Mediadoros

In der Hauptrolle: **Lotte Neumann.**

Ein Tag bei Krupp

Aktueller Film.

Der Fesselballon als Auge der Artillerie
Absturz vom Ballon mittels Fallschirms

Wochentags von 4 bis 11 Uhr
Sonntags von 3 bis 11 Uhr

Kleintierzucht Reidls Hof
Niederwartha
6.—14. Oktober 1917

Erste deutsche Kaninchenschau, Niederwartha
zahlreich beschickt von Züchtern des Deutschen Reiches. [S 116

Gratis-Verlosung von 110 Kaninchen
Jede Eintrittskarte gilt gleichzeitig als Los.
Verlosung täglich nachmittags 6 Uhr.

Am 8. Oktober wurden gezogen: 1070, 1074, 1062, 1046, 10655, 1088, 1104, 1093, 10627, 1106.

Täglich frische Kaninwürste!

Fernruf 17060

KAMMER-LICHTSPIELE
Wilsdruffer-Str.

Liane Haid
Fritz Feher
Wilhelm Klitsch
im

neuesten
grossen Wiener Kunstfilm

Lebens-wogen

Tragödie eines Arztes
5 Akte. [S 173

Lores Geburtstag

2 Akte. Lustspiel. **2 Akte.**

Kino Briesnitz.

Morgen Sonnabend: **Das Geheimschloß** oder **Glanzleistung einer Detektivin.** Detektivdrama in 5 Akten. Sonntag: **Der Posaunenengel.** Lustspiel in 3 Akten. **Unsere Marine.** 5. Teil. **Die Schneekoppe.** Reizende Naturaufnahme.

Musenhalle.

Täglich abends 8.10 Uhr. **Buchwald-Gastspiele.**
Die Tugendprobe. Schwank. [W 157
Er ist schwerhörig. Original-Posse mit Gesang.
Und der neue vorzügliche Tolotell. Grünfleisig, vielseitig!
Jeden Sonntag 2 Vorstellungen: 4 bis 7 Uhr, 8 bis 11 Uhr
Nachmittags Programm wie abends. Ein Kind mit Eltern frei.
Ab Montag **Anne-Liese.** Historisches Lustspiel in 5 Akten.

Der Schatzgräber.

Bücher für die Jugend. **Volksbuchhandlung.**

Das beliebteste der Lichtspielhäuser Residenz

Olympia
Altmarkt 13.

Drei der beliebtesten Darsteller im Wochenprogramm:

Viggo Larsen
im vieraktigen Drama
Nachträtsel

Lotte Neumann
mit
Erich Kaiser-Titz
im vieraktigen Schauspiel
Der Mut zum Glück

Vorführungen: Wochentags 4—11 Uhr, Sonntags 3—11 Uhr.
Telephon 19216.

Lichtspiele
Meinhold's Säle
Moritzstraße 10.

Wer küßt mich?
Lustspiel in 4 Akten.
In der Hauptrolle: [S 173
Hella Moja.

Höllenkampf an der Aisne
Militärisch-amtlicher Film.

Verstärkte Kapelle.

Luchschuh-Kursus

in **Bäros Restaurant,** Trachenberger Straße, Ecke Semmelstraße.
Beginn: Montag den 15. Oktober. [S 162

Zunächst [illegible] Wochen [illegible] Honorar [illegible] Mark. Anmeldungen [illegible] Wie man ist kostenlos Morgenschuhe, Tanzschuhe, Kinder- u. [illegible] Babischuhe aus Stoffresten, alten Kleidungsstücken und Filzhüten selbst anfertigen kann. Probeschuhe zur Ansicht. **Die Leiterin.**